

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 M., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 49 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 12093.

Inserate kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plagvorchrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M., jedes Tausend, bei Zellaufgabe 6.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Der Rückzug der Russen im Südosten.

Die dritte befestigte russische Linie durchstoßen; Rückzug auf die Wisloka. — Räumung der russischen Stellungen in den westlichen Waldkarpathen südwestlich Dukla. — Die Siegesbeute noch nicht übersehbar.

Neue Erfolge der Deutschen bei Ypern; vier Ortschaften neu erobert. — Rückzug der Engländer unter schwersten Verlusten. — Abgeschlagene französische Angriffe im Priesterwalde. — 760 Franzosen im Walde von Milly gefangen.

Russische Angriffe bei Rossienie (Nordwestrußland), bei Kalwarja, nordöstlich Suwalki und östlich Augustow abgeschlagen; 500 Russen gefangen.

Ein neuer Landungsversuch an den Dardanellen abgeschlagen; neue große Verluste der Verbündeten. — Abermals drei feindliche Unterseeboote von den Türken vernichtet.

Ein kritischer Tag für Italien. — Die Feier in Quarto. — Die Haltung der Arbeiterschaft.

Ein Ultimatum Japans an China.

**Ein japanisches Ultimatum an China.**  
Saag, 6. Mai. (W. L. B.) Nach hier eingelaufenen Nachrichten hat Japan an China ein Ultimatum überreichen lassen, das eine Frist von 48 Stunden stellt. Die japanische Deffenlichkeit ist ruhig und glaubt nicht, daß ein militärisches Auftreten nötig werden wird.

**Der deutsche Tagesbericht.**  
Großes Hauptquartier, 5. Mai. Amlich. (W. L. B.)  
Westlicher Kriegshauptplatz.  
Mit schwersten Verlusten weichen die Engländer weiter in Richtung auf den hart östlich von Ypern gelegenen Weidenkopf zurück. Hr. Vanhente, Ekkerest, der Schloßpark von Gerentlage und Pet Pappotje-Fe wurden von uns genommen.  
Zwischen Maas und Mosel herrscht wieder regere Tätigkeit. Im Priesterwalde, nordwestlich von Pont-à-Mousson griffen die Franzosen gestern mit starken Kräften an. Trotz langdauernder Artillerievorbereitung brach der Angriff unter starken Verlusten für den Feind in unserm Feuer zusammen. Dagegen gingen wir im Walde von Milly und östlich zum Angriff über, der gute Fortschritte machte. Hier nahmen wir bisher 10 Offiziere und 760 Mann gefangen.

Östlicher Kriegshauptplatz.  
Von Südosten kommende russische Angriffe auf Rossienie wurden abgewiesen. Die Verfolgung des Feindes ist im Gange.  
Auch bei Kalwarja, sowie nordöstlich von Suwalki und östlich von Augustow scheiterten zahlreiche russische Vorstöße. Dort wurden insgesamt 500 Russen gefangen genommen.  
Auf der übrigen Front fanden einzelne Nahkämpfe statt, die sämtlich zu unsern Gunsten entschieden wurden.  
Südöstlicher Kriegshauptplatz.  
Der Angriff der verbündeten Truppen nördlich der Waldkarpathen durchbrach gestern bereits die dritte befestigte Linie der Russen, die dort auf der ganzen Front geworfen, auf die Wisloka zurückgewiesen. Die Größe des Sieges kann man daraus erkennen, daß infolge des Durchbruchs der Verbündeten die Russen ihre in der nördlichen Flanke bedrohten Stellungen in den Waldkarpathen südwestlich von Dukla zu räumen beginnen. Die Schnelligkeit, mit der unsere Erfolge erreicht wurden, macht es un-

möglich, ein zahlenmäßiges Bild über die Siegesbeute zu geben. Nach den vorläufigen Meldungen scheint die Zahl der Gefangenen bisher über 30 000 zu betragen.

Oberste Heeresleitung.

### Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 5. Mai. Amlich wird verlautbart, 5. Mai mittags: Die Rückwirkung des Sieges beginnt sichtbar zu werden. Die russische Westfront Jassy-Syroplo-Ruplow ist unhaltbar geworden. Da die feindlichen verbündeten Streitkräfte unter andauernd erfolgreichen Kämpfen von Westen her gegen Jassy und Zmigrod weiter vorbringen, ist der Gegner im Westabschnitt der Karpathenfront seit heute früh im vollen Rückzuge aus Ungarn, verfolgt von unsern und deutschen Truppen. Die Russen sind somit an einer ca. 150 Kilometer langen Front abgeschlagen und unter schwersten Verlusten zum Rückzug gezwungen. Die sonstige Situation ist am allgemeinen unverändert.  
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:  
v. Hoefler, Feldmarschalleutnant.

Wie die letzten Berichte der deutschen Obersten Heeresleitung bewiesen haben, entfalteten die deutschen Heeresmassen seit Beginn der wärmeren Jahreszeit in steigendem Maße eine energische Offensive. Der Erfolg bei Ypern, der zuerst sichtbar wurde, stellt sich qualitativ je länger je bedeutender heraus, wenn er auch quantitativ, d. h. im Terrain- und Materialgewinn nicht das Bild der ersten Nachrichten gehalten hat. Die Deutschen sind jetzt in der Gegend um Ypern, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, gegenüber ihren früheren Stellungen um 4 Kilometer vorwärts gekommen und haben in dieser Tiefe die ganze Front der Feinde in Flandern eingedrückt. Dadurch ist für die Feinde die große Gefahr immer näher gerückt, daß die Deutschen von dieser Seite her eine Flanken- umgehung durchsetzen können. Die Kämpfe in Flandern, die jetzt unter dem einheitlichen Oberbefehl des Herzogs Albrecht von Württemberg gekommen sind, werden zur Stunde noch fortgesetzt. Sie sind besonders blutig und auch die deutschen Verluste sind dort leider nicht gering. Ganz enorm aber und weit das Verhältnis der Kämpfe über-

steigend, sind dort die Verluste an Toten bei den Engländern und Franzosen. Die Feinde haben sich infolge dessen dort ziemlich regellos zurückziehen müssen und sind erst wieder zum Stehen gekommen, als sie unter die Deckung der weiteren Reserven und deren Geschütze und Maschinengewehre gekommen waren. Die deutsche Heeresleitung sieht den Kämpfen in Flandern mit großer Zuversicht entgegen.  
Die dem Umfang und der Stoßkraft nach am gewaltigsten eingeschlagene Offensive der deutschen und der österreichisch-ungarischen Truppen in Westgalizien hat die russische Front um drei feindliche Stellungen zurückgeworfen. Diese drei hintereinander liegenden russischen Stütz- und Reservestellungen, die monatelang ausgebaut waren, sind gleichmäßig durchstoßen worden. Dem deutschen Zentrum haben sich rechts und links die österreichisch-ungarischen Truppen mit gleichem Erfolge angeschlossen. Die Durchstöße am Dunajec sind auf ihr Ruhmesblatt zu schreiben. Sie werden fortgesetzt und sind im Augenblick in ihrer taktischen Wirkung noch nicht abzusehen. An dieser Stelle der deutschen und österreichisch-ungarischen Offensive ist nun aber wieder auf das höchste bemerkenswert, daß sie erneut auf russische Verstärkungen gestoßen ist. Wenn es den verbündeten Heeren, die unter der Führung des Generalobersten v. Mackensen stehen, auch gelungen ist, durch die gewaltige Stoßkraft ihres Angriffs diesen Nachschub der Russen in die allgemeine Flucht der russischen Truppen hineinzuziehen, so zeigt doch die einfache Tatsache, daß immer wieder die Russen durch die Quantität zu ersetzen suchen, was sie in der Qualität uns gegenüber nicht erreichen können, ein wie schwerer Kampf im Osten noch immer tobt. Das blöde Geschwätz der Bertischstrategen, daß die östliche Front durch diesen Offensivstoß, so bewundernswert er sicher bleibt, nun schon als erledigt zu betrachten sei, zeigt sich durch die tatsächlichen Verhältnisse in seiner ganzen Haltlosigkeit. Die militärischen Stellen Deutschlands haben über die großen Aufgaben, die im Osten noch bevorstehen, ihrerseits aber auch niemals einen Zweifel gelassen.  
Im besonderen war es der Feldmarschall Hindenburg, der seine Tätigkeit jetzt wieder mit so großem Erfolge auf-

den plötzlichen Vorstoß im Nordosten konzentriert hat, der immer wieder, wie wir wissen, das naive Gerede von dem leichten Überwinden des östlichen Gegners mit aller Energie zurückgewiesen hat. Sein jetziger für alle Welt ganz unvorbereiteter Vorstoß verläuft übrigens, wie von unterrichteter Seite ebenfalls mitgeteilt wird, fortgesetzt günstig. Angriffe auf seinen Vorstoß, die von Suwalki her einsetzten, und von russischen Truppen in der Gegend um Rowno unterstützt wurden, sind sicher und einheitlich zurückgeworfen worden. Ihre Verfolgung nach dem Osten zu ist kräftig im Gange. Auf diese Art ist jetzt der Raum westlich Rossien und Szawl vollkommen von Russen gesäubert. In der Gegend um Libau und von dort bis zur Küste dauern die Nahkämpfe noch an. Doch scheint ihr letztes Ergebnis nicht mehr zweifelhaft. Die Stadt Libau ist zurzeit noch in russischem Besitz, aber über das letzte Schicksal dieser Stadt wird ein Zweifel auch nicht mehr lange bestehen bleiben.

Nach all dem bedeutet die Kriegslage für die deutschen Truppen seit Beginn des Frühjahrs eine fortgesetzte steigende Linie des Fortschritts und der Eroberung. In unterrichteten militärischen Kreisen wird kein Zweifel gelassen, daß sich diese Linie in einer für uns gleich günstigen Richtung weiterentwickeln wird, selbst wenn zu den schon vorhandenen Gegnern in diesen Tagen noch ein neuer hinzukommen sollte. Auch der neue Feind würde, worüber ihm auch gar kein Zweifel gelassen wurde, schon in den ersten Grenzschlachten nicht nur auf österreichische, sondern sofort auch auf deutsche Bajonette stoßen. Man darf vielleicht gerade aus diesem Grunde hoffen, daß die deutsche Kriegslage wenigstens hier noch dem Frieden dienen hilft.

Auf der beigegebenen Kartenskizze sind die im gestrigen Tagesbericht angeführten eroberten Ortschaften eingezeichnet. Man kann danach verfolgen, wie sich die Stellung der Deutschen immer mehr nach Süden und Osten zu verschiebt, so daß ein engerer Halbkreis um Ypern entsteht, dessen Radius etwa 5 Kilometer beträgt.

Der Wald von Millly, in dem 760 Franzosen gefangen wurden, liegt östlich von St. Niziel.

Ueber die Haltung Italiens kommen heute so viele verschiedene Meldungen, daß es zwecklos wäre, die Leser mit der Wiedergabe zu behelligen. Alle stimmen darin überein, daß die Situation sehr kritisch ist, daß vermutlich heute eine Entscheidung fallen wird. Die Meldung des Mailänder Secolo, daß Italien am Dienstag Abend Oesterreich ein Mindestprogramm überreicht habe, das einem Ultimatum gleichkomme, wird von der Berliner Presse dementiert, aber in Wendungen, die zeigen, daß ein Ultimatum sehr in die Nähe gerückt ist. So schreibt das Berliner Tageblatt:

Die von dem schweizerischen Blatte wiedergegebene Nachricht des Secolo, die von einem „Ultimatum“ oder von einer Note spricht, die einem Ultimatum gleichkomme, ist in dieser Form nicht zutreffend. Unter einem „Ultimatum“ versteht man eine Forderung, die deren Erfüllung eine bestimmte Frist gesetzt wird, und ein Ultimatum schließt alle weiteren Verhandlungen vollkommen aus. Dieser aber ist die Möglichkeit zum Weiterverhandeln noch nicht völlig ausgeschlossen, und falls nicht geheime Bindungen Italiens nach der andern Seite hin vorliegen, kann aus seiner Fortführung oder aus einer Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen noch immer ein günstiges Resultat sich erwarten. Es wäre indessen nicht, sich darüber zu täuschen, daß die Lage in den letzten Tagen oder Stunden sehr ernst geworden ist und daß die Spannung sich noch weiter vergrößert hat.

Im übrigen erklären mehrere Berliner Blätter, daß Deutschland und Oesterreich, wenn die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung unerfüllt bleiben sollte, sich auch mit dieser Wendung abzufinden wissen und sich allem, was kommen kann, gewachsen zeigen würden.

Ueber die kritische Feier in Quarto liegen die folgenden Meldungen vor:

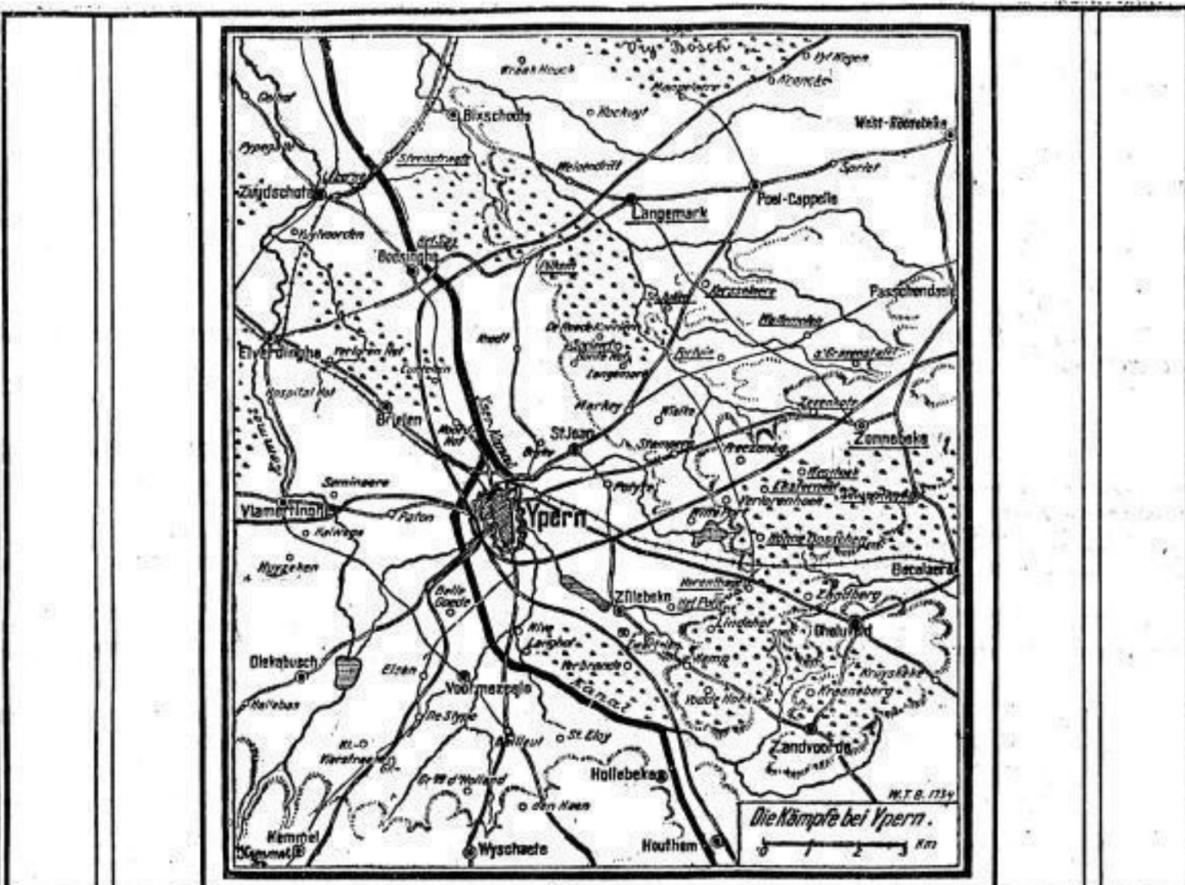
Genua, 5. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) Die Einweihung des Denkmals in Quarto, von wo der Zug der Tausend ausging, erfolgte in feierlicher Form und in Anwesenheit der Vertreter des Senats und der Kammer, zahlreicher Deputierter, Senatoren und Abordnungen Roms, Turins und Florenz. Eine ungeheure Menge bereitete den Ueberlebenden der Tausend einen großartigen Empfang. Am Fuße des Denkmals sprachen unter lebhaftem Beifall die Bürgermeister von Genua und Quarto sowie Gabriele d'Annunzio.

Berlin, 6. Mai. Das Berliner Tageblatt berichtet aus Rom: Zu der gestrigen Feier der Enthüllung des Caribaldidenkmals in Quarto erhielt der Bürgermeister von Genua folgendes Telegramm des Königs Viktor Emanuel:

Obwohl die Staatsangelegenheiten, indem Sie meinen Wunsch in Bedauern verwandeln, mich abhalten, an der dortigen Feier teilzunehmen, so bleiben doch meine Gedanken nicht den dortigen Stätten fern. Jene dem schicksalreichen Ufer des Ligurischen Meeres, das den Geburtstag dessen sah, der zuerst die Einheit des Vaterlandes prophezeite, und das die Führer der Tausend mit unsterblichem Mut zu unsterblichem Geschick abfahren sah, sende ich meinen bewegten Gruß, und mit derselben mitvollen Blut der Liebe, die meinen großen Ahnen führte, schöpfe ich aus der einmütigen Feier der Erinnerung Vertrauen in die ruhmreiche Zukunft Italiens.

Ueber die Haltung der italienischen Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Krisis unterrichtet besser noch als der gestern mitgeteilte Beschluß des italienischen Parteivorstandes, in dem übrigens auch schon eine gewisse Konzeption an die Interventionisten gefunden werden muß — die Erklärung, daß das italienische Proletariat und die sozialistische Partei der Kraft und des Zusammenhangs entbehren, um den Krieg zu verhindern — der Bericht über die Konferenz des italienischen Gewerkschaftsbundes vom 28. April, an der rund 100 Delegierte teilnahmen. Im August hatten Parteivorstand und Gewerkschaftsbundesvertretung gemeinschaftlich beschlossen, nötigenfalls den Generalstreik zur Verhinderung des Krieges zu erklären. In dieser Sitzung nun bemerkte der Sekretär Rigola hierzu:

daß dieser Beschluß gefaßt worden sei, weil damals die Gefahr eines Krieges an der Seite von Oesterreich und Deutschland bestand. Diese Gefahr sei vorüber und daher auch jener Beschluß außer Kraft, denn ein Krieg an der Seite dieser beiden Länder sei heute



unmöglich. In der jetzigen geänderten Situation müßten beide Körperkassen eine Stellung nehmen. Ein Vertreter der Metallarbeiter forderte die Aufrechterhaltung des alten Beschlusses. Ein anderer Delegierter beharrte lebhaft, daß der Gewerkschaftsbund in der letzten Zeit seine früher entschiedene Gegnerhaltung gegen den Krieg aufgegeben habe, wie das besonders auch aus Neuherungen des Sekretärs hervorginge. Er wandte sich auch gegen eine Abstimmung, die unter den Gewerkschaften in dieser Frage stattgefunden hat und die den Kriegshebern sehr gelegen gekommen sei. Der Vertreter der Arbeiterkammer Mailand erklärte, daß die dortigen Gewerkschaften der Haltung der Partei folgen würden, ganz gleich, ob der Gewerkschaftsbund die gleiche Haltung einnehme oder nicht. Andre Vertreter waren dagegen, daß man sich erneut durch gemeinsame Aktion mit der Partei die ganze Verantwortlichkeit aufbürde. Dem Genossen Rigola wurde dabei vorgeworfen, daß er der Kriegsheberischen Tätigkeit Mussolinis Vorschub geleistet habe. Ein Vertreter wies darauf hin, daß die heutige Neutralität der sozialistischen Partei gerade das Gegenteil von der Haltung sei, welche die Partei mit den Gewerkschaften zu Beginn des Krieges eingenommen habe. Gegenüber der Forderung, an der Politik des Generalstreiks im Kriegsfall festzuhalten, fragte Rigola, welchen Erfolg man von einer solchen Bewegung erwarten könne, die sich nur auf 500 000 organisierte Arbeiter in einem Lande von 40 Millionen Einwohner erstrecke, während die Arbeiter ganz Europas im Kampfe stehen. Besonders heftig fand eine längere Rede des Genossen Reina. Er erklärte, es sei ein großer Irrtum gewesen, überhaupt die Frage des Generalstreiks aufzuwerfen; denn man habe dadurch das Spiel der Interventionisten erleichtert, welche behaupten, die sozialistische Arbeiterschaft arbeite gewissen bürgerlichen Kreisen und der Regierung in die Hände. Auch sei zu erwägen, daß ein Generalstreik, der nur in ein Blutbad ausartete, die ganze Zukunft der Bewegung in Gefahr bringen könne. Ein Mitglied des Vorstandes, Serrati, wies darauf hin, daß die Stimmung der Arbeiter nach wie vor gegen den Krieg, der nur ein Krieg des raubgierigen Kapitalismus sei, sich wende. Der Vorstand habe an der alten Haltung festzuhalten und sei auch für die anderweitigen Neuherungen des Sekretärs nicht verantwortlich. Allerdings könne man nicht öffentlich über die Maßnahmen beraten, welche für den Kriegsfall notwendig seien; das müsse man einem Geheimkomitee überlassen. Mit Recht habe man die deutschen Sozialisten verurteilt. Man müsse deshalb aber auch selbst nach wie vor entschieden gegen die Teilnahme am Kriege bleiben. Calda stellte sich auf die Seite Rigolas. Der Parteivorstand sei schon in seiner Februaransprache gegen den Generalstreik gewesen. Es wurde schließlich ein längerer Beschluß gefaßt, in dem die bisherige Tätigkeit der Leitung gegen jede Einmischung Italiens in den Krieg aufgegeben wurde. Entsprechend den bisherigen internationalen Beschlüssen soll die Leitung auch ferner mit dem Parteivorstand zusammenarbeiten. Der Beschluß drückt auch das volle Vertrauen in die Zukunft der Arbeiterinternationalen aus und bekräftigt die Verjüngung der Parteileitung, die zerstreuten Bande der Internationalen wieder anzuknüpfen. Nur zwei Stimmen wurden gegen diesen Beschluß abgegeben.

Dem vom amerikanischen Gewerkschaftsbund kommenden Vorschlag, zu gleicher Zeit und am gleichen Orte, wo die künftigen Friedensverhandlungen stattfinden werden, einen internationalen Gewerkschaftskongress tagen zu lassen, stimmte die Konferenz zu.

Die Tagungen des Parteivorstandes und der Gewerkschaftsbundesvertretung haben natürlich in der ganzen italienischen Presse die größte Beachtung gefunden. Die interventionistischen Blätter glauben, eine volle Schwenkung der Partei und Gewerkschaften in ihrem Sinne feststellen zu können. Die bisherige Haltung dieser Organisationen sei nur ein „Bluff“ gewesen, der jetzt den realen Tatsachen der Not des Tages weichen mußte.

Eine Friedensstimme aus der französischen Arbeiterschaft gibt die Berner Tagwacht bekannt. Sie teilt mit:

Am 17. April fand eine Sitzung des Exekutivkomitees des französischen Metallarbeiterverbands statt, in der folgende Antwort auf das Manifest deutscher Arbeiter: Die West speit Blut, angenommen wurde:

In Anbetracht dessen, daß der Inhalt dieses Manifests die intimen Gedanken auch der französischen Arbeiter ausdrückt, die dem internationalen Ideal treugeblieben sind, daß die deutschen Arbeiter sich mit diesem Manifest an die Internationalen wenden, um in allen Ländern Unterstützung zu finden für den Kampf um den schnellen Friedensschluß, der kein militärischer Friede mit imperialistischen Eroberungen wäre, sondern ein Friede ohne Annexionen, auf Grund der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit aller Nationen bei allgemeiner Abrüstung und obligatorischen Schiedsverträgen;

in Anbetracht dessen, daß es ein Verbrechen wäre, wenn die Arbeiter laub blieben gegenüber dem Ruf von anderer Arbeiter, die aufstehen, um der Regierung ihres Landes den Frieden auf dieser

Grundlage aufzuwingen, erklärt das Exekutivkomitee der französischen Metallarbeiter seine Solidarität mit dem Manifest der deutschen Arbeiter und bestimmt, 1. den Mitgliedern den vollen Text dieses Manifests samt seiner Antwort mitzuteilen; 2. durch die Delegierten der Metallarbeiter diese Resolution im Komitee des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes vorzulegen, damit dieser das Manifest der deutschen Arbeiter zur Kenntnis aller französischen Arbeiter bringe und die Arbeiter der kriegführenden Länder zu gemeinsamen und parallelen Aktionen in allen Ländern auffordere.

## Vom östlichen Kriegsschauplatz.

### Der Erfolg in Westgalizien.

Wien, 5. Mai. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Erfolg des Sieges in Westgalizien ist weitaus größer, als sich im ersten Augenblick erkennen ließ, da nun schon ein großer Teil der russischen Karpatenfront in den Richtung des Feindes hineingezogen ist. Ueber die Tropfen des Sieges wird sich bei der Erbhä des in Betracht kommenden Raumes noch mehrere Tage kein Ueberfließ gewinnen lassen. Sowohl in Westgalizien als in den Westfalen werden fortwährend Gefangen eingebracht; doch ist es begreiflicher Weise ganz unmöglich, deren Zahl verlässlich festzustellen. Was also von privater Seite diebezügliche in der Öffentlichkeit verbreitet wird, beruht auf willkürlicher Schätzung, die weicher Grundlage entbehrt. In den amtlichen Berichten wird jeweils der Stand der in die rückwärtigen Sammelstationen täglich gebracht und in eigene Verpflegung genommenen Kriegsgefangenen teilweise verlautbart. Die Endsumme wird jedenfalls eine sehr bedeutende sein.

### Befestigung des Rückzugs.

Die Petersburger Zeitung Wremja bringt die zensurierte Meldung über die Zurücknahme der russischen Hauptfrontlinie in Südwestgalizien.

### Deutsche Truppen vor Libau.

Rotterdam, 5. Mai. Daily Telegraph meldet aus Petersburg: Deutsche berittene Erkundungstruppen sind vor Libau aufgetaucht; die feindliche Vorhut ist auf dem Wege nach Libau.

### Deutsche Flieger über Riga.

Saag, 5. Mai. Aus Petersburg wird gemeldet: Vier feindliche Flieger erschienen am Dienstag über Riga, jedoch anscheinend nur zu Aufklärungsarbeiten, da keine Bomben abgeworfen wurden.

### Oesterreichische 42 cm-Geschütze.

Die Boffische Zeitung berichtet: Von besonderer Festigkeit sind die Kämpfe, die nach der Ueberwindung des Dunajec am Zarunow gehen, dessen Fall in Kürze zu erwarten ist. Mit besonderem Erfolg wird hier eine oesterreichische 42-Zentimeter-Batterie verwendet, um die stark angelegten Stützpunkte der Russen zu durchdringen. Auf eine Entfernung von fast 18 Kilometer legte der erste Schuß einen hohen Turm nahezu vollständig weg. Das Geschütz ist noch etwa 300 Kilogramm schwerer als das der deutschen 42-Zentimeter-Geschütze.

## Vom westlichen Kriegsschauplatz.

### Der heikumkritische Hartmannswellerkopf.

München, 5. Mai. Die Neue Zürcher Zeitung gibt folgendes Telegramm des Obersten Müller wieder: Ich überzeuge mich sehr gern, daß die Deutschen alle für sie taktisch wichtigen, nach freiem Willen gehaltenen Stellungen und Beobachtungspunkte des Hartmannswellerkopfes fest in der Hand haben. Die Behauptung des Gegenteils widerspricht den Tatsachen.

### Deutsche Flieger über Nancy und Luneville.

Paris, 5. Mai. Das Journal meldet: Drei deutsche Flugzeuge überflogen am 1. Mai um 8 und 10 Uhr morgens und um 5 Uhr nachmittags Nancy. Sie wurden heftig beschossen und mußten umkehren, ohne Bomben werfen zu können.

Lyon, 5. Mai. Einer Meldung des Progrès zufolge hat eine Taube Luneville überflogen und drei Bomben abgeworfen, jedoch nur unbedeutenden Materialschaden angerichtet.

Nach einer Meldung desselben Blattes hat eine Taube Düren überflogen, ohne Bomben abzuwerfen.

### Beschließung von Furnes.

Saag, 5. Mai. Eine Privatbesprechung des Baderland meldet aus Düren: Nach der Beschließung Düren begann jetzt ein heftiges Feuer auf Furnes, wodurch außerordentlich viel Schaden angerichtet wurde. Sechs deutsche Flieger leiteten das Geschützfeuer. Ein Flugzeug wurde zum Landen gezwungen, die Besatzung, ein Leutnant und ein Gemeiner, gefangen.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 5. Mai. Der gestern abend um 11 Uhr ausgegebene amtliche Bericht lautet: Unsere Fortschritte in Belgien in der Gegend

von Steinstraate Bauern an. In der Champagne unternahmen die Deutschen bei Vouauejour drei aufeinanderfolgende Angriffe, die mit empfindlichen Verlusten für den Feind abgewiesen wurden. In den Kämpfen rüdten wir bei Bagatelle vor. Wir fanden auf dem Gelände zahlreiche tote Deutsche von den Kämpfen am 1. Mai. Ein neuer Angriff erlaubte uns, unsern Gewinn im Prieckerwalde zu vergrößern.

### Der englische Bericht.

London, 5. Mai. Amtlich. Feldmarschall French meldet: Ge- ländeverlust infolge des unerwarteten Gebrauchs erstklassiger Gas durch den Feind machte die Bildung einer neuen Linie, die westlich von Sonnebeke verläuft, nötig. In den letzten 24 Stunden war der Zustand an der ganzen Front normal.

Nordwestlich von Ypern machte der Feind einen schwachen Angriff, der mit Leichtigkeit abgewiesen wurde.

Eine Aufschicht an die Times sagt, daß englische Offiziere bei Ypern äußerten, man solle sobald wie möglich mehr Soldaten und mehr Munition schicken, wenn man überhaupt noch eine englische Armee bei Ypern vorfinden wolle.

## Der Kampf um die Dardanellen.

### Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 5. Mai. Der Große Generalkstab gibt bekannt:

An der Dardanellenfront versuchte der Feind gestern früh, um die von seinem linken Flügel in der Gegend von Ari Burnu erlittenen Verluste auszugleichen und seine dortigen Schwächen zu beheben, unter dem Schutz der Flotte Truppen an der Küste bei Kaba Tepe und südlich von Ari Burnu zu landen. Diese Truppen wurden sämtlich in ihre Boote zurückgejagt. Vorgerückt nach griechen unsere Truppen trotz des von drei Seiten abgegebenen Feuers der feindlichen Flotte Seddul Bahr an und vertreiben den Feind aus seinen Verschanzungen. Das bei Tagesanbruch einsetzende andauernde und heftige Feuer der feindlichen Flotte befreite die feindlichen Truppen aus der Gefahr, ins Meer getrieben zu werden. Bei dieser Gelegenheit erbeuteten wir mit samt ihrer Munition drei andre unbeschädigte Maschinen- gewehre, die wir gestern gegen den Feind gebrauchten.

Gestern vormittag beschloß die russische Flotte ohne Ergebnis das unverteidigte Dorf Agina Kana, worauf sie sich zurückzog. Von den übrigen Kriegsschiffen ist nichts zu melden.

Konstantinopel, 5. Mai. Die von Athen und Mytilene aus verbreiteten Berichte der Journalisten der Entente, die bereits von einer Befreiung von Gallipoli und Anzara durch die Landungs- truppen der Verbündeten sprechen, sind so widerständig, daß sie wohl nirgendwo Glauben finden. Wären Gallipoli und Anzara in den Händen der Verbündeten, so wäre die Meerengefrage entschieden. In Wirklichkeit aber ist die Meerenge für die Türken so frei wie im Frieden.

Die Halbinsel Gallipoli ist für alle militärischen Bewegungen völlig frei. Der Feind hält nur an zwei Punkten der Küste, bei Ari Burnu und Seddul Bahr, infolge des beständigen Feuers seiner Geschütze, ist aber nicht imstande, irgendeine Bewegung gegen die türkische Umlagerung zu machen. Das asiatische Ufer ist frei vom Feinde. Bei Ari Burnu, nördlich Kaba Tepe, wurde ein ver- zweigter Versuch englischer Landungstruppen, nach einer Wasser- stufe durchzustechen, blutig abgewiesen, ebenso wurde der Versuch der Flotte, die Landungstruppe zu verstärken oder ihren Rückzug in die Boote zu ermöglichen, vereitelt. Trotz der Unterstüßung durch das Feuer der Linienfahrzeuge mußten sich die Landungsboote unter erheblichen Verlusten zurückziehen. Bei Seddul Bahr mußte die gemischte Landungsarmee des Generals d'Amade langsam zurückgehen. Ein nächstlicher Vorstoß der Türken trieb sie weit zurück, wobei dem Feinde durch Bajonettsangriff, den die anatolischen Truppen bevorzugen, schwere Verluste beigebracht wurden. Zwei Maschinen- gewehre nebst reichlicher Munition wurden ge- nommen und sofort gegen die Engländer verwendet.

Alle Ausfälle konnten bisher leicht durch ausgebildete Leute aus dem Mannschafdepot der im vorigen Jahre reformierten Mobilisationsorganisation ersetzt werden. — Die russische Flotte demonstrierte durch Beschießung harmloser Dörfer dicht an der bulgarischen Grenze.

### Das Unternehmen gegen die Dardanellen gescheitert?

Konstantinopel, 5. Mai. Nach der einmütigen Aufassung der verschiedenen höchsten militärischen Kreise kann das gegenwärtige englisch-französische Unternehmen gegen die Dardanellen nunmehr als endgültig gescheitert betrachtet werden, da nur ein kleiner Teil der gelandeten Truppen — und das dank der rühmlich aufgestellten Kriegsschiffe — noch an zwei unbedeutenden Punkten bei Ari Burnu und Seddul Bahr zurückgeblieben ist, von wo es ihm nicht nur unmöglich ist, einen Vorstoß zu versuchen, sondern wo er auch, wie man hofft, leicht und rasch wird verjagt werden können.

Bei dieser Gelegenheit stellt man fest, daß das englisch-franzö- sische Ziel nicht, wie man in gewissen europäischen Kreisen zu glauben scheint, oder wie die Presse des Dreiverbands behauptet, dahin ginge, nach Konstantinopel zu marschieren. Die zu diesem Zweck gelandeten Streitkräfte, die insgesamt auf etwa 60 000 geschätzt werden, konnten sicherlich dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Ihr Zweck scheint vielmehr gewesen zu sein, die osmanischen Streitkräfte im Süden der Halbinsel Gallipoli zu überrollen und einen Teil der Forts an den Meerengen zwischen Kiliburnu-Bahr und Mobyos im Rücken zu lassen, um so die asiatischen Forts unter ihr Feuer nehmen, die Minen entfernen und der Flotte die Durchfahrt durch die Dardanellen öffnen zu können und deren Erscheinen vor Konstan- tinopel zu ermöglichen. Dieser Plan wurde durch die Wachsamkeit der türkischen Truppen vereitelt, die zunächst durch ihre tapfere Ab- wehr den englischen Verlust, vorzutreiben, aufhalten und dann nach dem Eintreffen von Verstärkungen am 27. April zum Angriff über- gehen und nicht nur die bereits gelandeten Truppen, sondern auch die neuen, in der Nacht vom 27. April gelandeten Streitkräfte zur Rükke zurückdrängen konnten.

Man glaubt, daß die englisch-französischen Streitkräfte an Toten, Verwunden und Gefangenen die Hälfte ihrer effektiven Bestände verloren haben, also etwa 30 000 Mann. Die an der asiatischen Küste bei Kum-Kale gelandeten Truppen bestanden aus zwei fran- zösischen Regimentern, die allgemein als minderwertige Truppen erkannt wurden, da sie mit Leichtigkeit ins Meer zurückgeworfen werden konnten. Diese Truppen landeten später bei Seddul Bahr, wo sie gleichfalls geschlagen wurden.

### Neue Verluste der Verbündeten.

Konstantinopel, 5. Mai. Der Vertreter von Wolffs Bureau telegraphiert von den Dardanellen:

Die Lage ist äußerlich wesentlich verän- dert durch die aber- mahlige Aenderung der Taktik der Alliierten, die seit dem 25. April die Operationen auf das gesamte Gebiet an den Meerengen zwischen der asiatischen Landspitze von Kum Kale und dem Golf von Saros ausdehnen. Unter dem Schutze der Schiffsgefechte wurden an zwei Punkten der Halbinsel von Gallipoli sowie bei Kum Kale Truppen gelandet. Kum Kale wurde durch wiederholte Nach- angriffe türkischer Streitkräfte in erbittertem Nahkampf vom Feinde völlig gesäubert, wobei die türkischen Truppen erneut Beweise höchster Tapferkeit gaben. Die feindlichen Streitkräfte konnten wiederholt infolge des stürmischen türkischen Angriffs die bereit- liegenden Boote nicht mehr erreichen, wurden massenweise ins Meer getrieben und erlitten starke Verluste an Toten und Ver- wunden. Regiere werden in den türkischen Lazaretten durch das Zusammenwirken des Roten Halbmondes und des Roten Kreuzes auf das sorgfältigste gepflegt. Die Zahl der Toten läßt sich, da die Feinde massenhaft im Meer umgekommen sind, vorläufig nicht an- nähernd feststellen. Zurzeit befindet sich, wie schon gemeldet, kein

feindlicher Soldat mehr auf der asiatischen Seite der Meerenge. Auf der Halbinsel Gallipoli finden andauernd heftige Kämpfe bei Tag und besonders heftige bei Nacht statt. Einzelheiten dar- über zu geben ist zurzeit aus militärischen Rücksichten unmöglich. Daher die Beschränkung in dieser Hinsicht in den Berichten des türkischen Hauptquartiers. Auf die Verteidigung der Meerengen selbst sind seit dem 18. März keine ernstlichen Angriffe erfolgt. Der Feind beschränkt seine Tätigkeit auf die indirekte Beschießung von Maibos und Tschanal Kale an den Dardanellen sowie der Stadt Gallipoli am 2. Mai, wo die Kriegskorrespondenten bei ihrer Durchreise am Tage vorher nur den Friedhof von Fliegerbomben beschädigt fanden. Tschanal Kale brannte bei der Ankunft des Be- richterstatters in der Nacht. Der weitestweit leuchtende Feuerschein war ein Wahrzeichen der feindlichen Zerstörungsmul. Am andern Tage bot es ein trauriges Bild der Verwüstung. Der Feind hatte mit einem durch Fesselballon und Flieger geleiteten Feuer Brand- bomben und Granaten schwersten Kalibers und größter Spreng- wirkung in die Stadt geworfen. Das Feuer hat fast sämtliche Holz- häuser, besonders das griechische und das armenische Quartier zer- stört. Die geflüchtete Bevölkerung wird nur ein rauchendes Trümmerfeld wiederfinden, aus dem zahllose steinerne Essen und stellenweise die hohen nackten Mauern der Steinhäuser heraus- ragen, in denen die marmornen Treppen von dem ehemaligen Wohl- stand zeugen. Auf europäischer Seite wurde in Maibos das Hospital durch Brandbomben getroffen, in dem sich verwundete Ge- fangene befanden. Wiederholt wurden verschiedene Städte von feindlichen Fliegern mit Bomben besorfen, die aber stets, ehe sie größeren Schaden anrichten konnten, von türkischen Fliegern an- gegriffen und siegreich abgedrängt wurden.

Schließlich war der Feind in verstärktem Maße bemüht, mit Unterseebooten in die Meerengen einzudringen, um tür- kische Kriegsschiffe und Transporte zu bedrohen. Laut autoritativer Feststellung sind, abgesehen von Saphir und E 15 in den Kämpfen der letzten Tage drei Unterseeboote des Feindes erbeutet worden. Unter ihnen E 2, wie durch die Gefangennahme der Besatzung fest- gestellt wurde. Ein weiteres Unterseeboot sank durch das Artillerie- feuer türkischer Kriegsschiffe, ein drittes lief auf eine Mine auf. Beide sind mit samt der Besatzung gesunken. Der Feind hat im ganzen außer größeren Kampfschiffen fünf Unterseeboote verloren. Der Kommandant der Dardanellen, Dewad Pascha, antwortete auf die Blümlische der Journalisten mit der lebendwichtigsten Bescheidenheit und sagte, die Aktion sei längst nicht beendet. An- dauernd unermüdliche Arbeit werde hoffentlich den Feind auf lange Zeit hinaus von den türkischen Küsten vertreiben.

### Englische Verluste vor den Dardanellen.

London, 5. Mai. Die Verlustliste vom 29. April verzeichnet den Verlust von 203 Offizieren. Bei den Unternehmungen an den Dardanellen fielen 37 Offiziere, 67 wurden verwundet.

### Drei englische Dampfer versenkt?

Rotterdam, 5. Mai. Der Rotterdamse Courant meldet aus englischer Quelle, daß die Türken die drei englischen Dampfer Almouth, Billiter und City of Rhodes im Hafen von Smyrna in den Grund gebohrt hätten.

## Der Krieg zur See.

### Neue Opfer der Unterseeboote.

London, 5. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Fünf weitere Fischdampfer, Hector, Progreß, Kubby, Coquet und Bobwhite, sind von deutschen Unterseebooten in der Nordsee ver- senkt worden.

London, 5. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Besatzungen dreier Fischdampfer aus Hull, Jolethee, Hero und Northward Co. kamen gestern Abend in Dull an und meldeten, daß ihre Schiffe am 3. Mai von einem deutschen Unterseeboot in der Nordsee in die Luft gesprengt worden seien.

London, 5. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der englische Fischdampfer Gruner ist durch ein deutsches Unterseeboot beschossen und vier Mann der Besatzung sind getötet worden. Die übrigen sieben trachteten, in einem Boote zu entkom- men; das Boot kenterte. Die Insassen wurden gerettet und nach Aberdeen gebracht.

London, 5. Mai. Nach einer London-Meldung aus Leith ist der schwedische Schoner Elsa aus Halmstad am 2. Mai früh durch ein deutsches Unterseeboot in Brand geschossen und die Besatzung durch den Dampfer Germebo in Leith gelandet worden.

### Hospitalsschiff Ophelia.

London, 5. Mai. Das Vorkriegsgericht verhandelte gegen das deutsche Hospitalsschiff Ophelia. Der Staatsanwalt vertrat die Auffassung, daß es, entgegen der Haager Konvention, zu militäri- schen Zwecken verwendet worden sei. Der Verteidiger führte aus, daß nur ein unbewiesener Verdacht vorliege. Die Verhandlung wurde vertagt.

### Der amerikanische Dampfer Gullflight.

Kopenhagen, 5. Mai. Nach einer Meldung der Nationaltidende aus Washington erklärte das Staatsdepartement, es habe einen Bericht erhalten, daß der Dampfer Gullflight aller Wahrscheinlichkeit nach nicht torpediert worden, sondern auf eine Mine gestossen sei.

## Vermischte Kriegsnachrichten.

### Amerika liefert weiter.

Newport, 5. Mai. Die New York Times meldet: Die Zaka- wania-Stahlgießerei hat einen Kontrakt mit den Alliierten über Lieferung von 50 000 Tonnen Schrapnell abgeschlossen, wovon alle zehn Tage 5000 Tonnen verschifft werden sollen. Die E. W. Bliss Co. erzeugt täglich 30 000 Schrapnell. Großbritannien hat bei der United States Cartridge Co. 600 Millionen Patronen, bei der Canadian Car and Foundry Co. Artilleriegeschosse im Werte von 50 Millionen Dollar bestellt. Auch die American Locomotive Co. hat einen in die Millionen gehenden Kontrakt zur Lieferung von Kriegsmaterial abgeschlossen. Hauptsächlich infolge von Kriegs- aufträgen steigerte sich der Nettogewinn der Crucible Steel Co. von 40 000 Dollar im Dezember auf 250 000 Dollar im März.

### Der Krieg in Deutsch-Südwestafrika.

Rotterdam, 5. Mai. Reuter meldet aus Kapstadt, daß die Truppen Bothas am 2. Mai Djinbina, 60 Meilen westlich von Windhuk, besetzten. 28 Deutsche wurden gefangen genommen. Von den Unionstruppen wurden drei Soldaten getötet und zwei verwundet.

## Deutschland.

### Die Tagung des Reichstags.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet am Dienstag, den 18. Mai, nachmittags 2 Uhr, statt. Auf der Tages- ordnung steht ein Rechnungsbericht über den Haushalt des Schutzgebiets Kiautschou vom Jahre 1909 und der Gesetzentwurf zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen. Dem Gesetzentwurf ist eine Begründung beigegeben, die im wesentlichen besagt: Wie schon bemerkt, bildet die vierteljährliche Vorauszahlung des Miet- und Pachtzins bereits heute die Regel. Soweit gegen- wärtig längere Zahlungsstermine vereinbart sind, wird sich der Wiedergang zu Vierteljahressterminen unschwer vollziehen. Anders verhält es sich in den Fällen, wo längere Zahlungsstermine vereinbart zu werden pflegen. Hierbei kommt namentlich die Miete von An-

beiterwohnungen, wo wöchentliche Zinszahlung üblich ist, und die Miete einzelner Räume, insbesondere möblierter Zimmer in Pest- trodt, wo der Mietzins monatlich, nicht selten am 15. jeden Monats, entrichtet zu werden pflegt. Solche Zahlungsstermine werden auch häufig aus nachteiligen wirtschaftlichen Gründen nicht wohl ent- behrt werden können. Trifft nun in Fällen dieser Art der nächste Zinsstermin nicht mit dem Quartierwechsel zusammen, sondern reicht der Zeitraum, für den der Mietzins im voraus bezahlt ist, noch in das folgende Kalendervierteljahr hinaus, so würde die Zahlung des Mietzins nach der im § 574 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ge- gebenen Vorschrift, wie sie auch im § 1121 entsprechend wiederholt, nur in Ansehung des auf das laufende Vierteljahr entfallenden Mietzinses dem Hypothekengläubiger gegenüber wirksam sein. Der Mieter wäre also der Gefahr ausgesetzt, den auf das folgende Quar- tal entfallenden Teil seiner Zahlung nochmals entrichten zu müssen, wenn auch vor dem Quartalswechsel die Verfallnahme erfolgte. Würde beispielsweise am 29. Dezember eine Wochenzins fällig und erfolgte am 31. Dezember die Verfallnahme, so würde die Zah- lung für die Tage vom 1. bis 31. Januar dem Hypothekengläubiger gegenüber unwirksam sein und nochmals geleistet werden müssen.

Von größerer Bedeutung ist das zweite Bedenken, das einer die Wirkung der Vorausverfügung schlechthin auf das laufende Ka- lenderjahr beschränkenden Regelung entgegensteht.

Es ist nicht selten, daß Mieter den Mietzins schon einige Tage vor der Fälligkeit entrichten. Die Vorsorglichkeit kann auf ver- schiedenen Gründen beruhen, sie hat zu Unzuträglichkeiten nicht geführt und ist weder rechtlich noch wirtschaftlich zu beanstanden. Beschränkt man die Wirksamkeit der Verfügungen ausnahmslos auf den für das laufende Kalendervierteljahr zu entrichtenden Mietzins, so setzt man den Mieter, der einige Tage vor der Fälligkeit gezahlt hat, der Gefahr aus, den ganzen Vierteljahresbetrag nochmals zahlen zu müssen.

Um den hieraus sich ergebenden Bedenken zu begegnen, emp- fiehlt es sich, in den Fällen, wo die Verfallnahme im letzten halben Monat (§ 180 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) eines Kalenderviertel- jahrs erfolgt, die Wirksamkeit der Verfügung auf das folgende Kalendervierteljahr zu erstrecken.

Die Budgetkommission nimmt ihre Arbeiten bereits Dienstag, den 11. Mai, wieder auf, um das Gesetz über die Ver- sorgung der Kriegsteilnehmer einer Ver- besserung zu unterziehen.

Neue Maßnahmen in Elbeh-Vorbringen. Wie die Straßburger Blätter melden, sind für den Verkehr mit dem elbischen Spreng- geliet ab 1. Mai neue verschärfte Bestimmungen in Kraft getreten, die eine Fortsetzung der noch immer betriebenen Spionage unmög- lich machen sollen. Die Ein- und Ausfuhr von Pressezeugnissen ist verboten worden, soweit diese vom Ausland kommen.

Ausgestaltung des internationalen Nachrichtenwesens. Der Zentralverband deutscher Industrieller hatte für Montag eine Aus- schüttung nach Berlin berufen, die sich u. a. auch mit der Ausge- staltung des internationalen Nachrichtenwesens befaßte. Die Grund- züge der hierfür geschaffenen Organisation wurden gutgeheißen. Zunächst soll nun verhandelt werden, andre Interessenten- gruppen, die das gleiche Ziel verfolgen, zu gemeinsamem Vorgehen zu veran- lassen.

## Großbritannien.

### Arbeiterausstände.

London, 5. Mai. 800 bis 900 Eisenbahnarbeiter streiken in dem größten englischen Kabellewerk Westerton wegen eines Streiks über die Arbeitslage. Die Werke arbeiten fast ausschließlich für die Regierung. 700 Arbeiter streiken in den Douglas Motorwerken in Kristal. 2000 Arbeiter streiken in Woolwich, wo 1000 Häuser für die im künftigen Arsenal beschäftigten Leute gebaut werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Schumann, Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Max Seydewitz in Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



**Sommer-Überzieher**  
In den verschiedensten, schönsten Formen und Stoffen  
M. 25<sup>00</sup> 29<sup>00</sup> 35<sup>00</sup> 40<sup>00</sup>  
46<sup>00</sup> 54<sup>00</sup>  
Auf Selde gearbeitet  
M. 46<sup>00</sup> 54<sup>00</sup> 60<sup>00</sup>

Nur eigne Anfertigung

**H. HOLLENKAMP & Co**  
Brühl Nr. 28-32 - LEIPZIG - Ecke Reichstraße  
Erstes Herren-Bekleidungshaus

**Öffentliche Bekanntmachungen.**

**Wegens**  
**Musterung des unausgebildeten Landsturms**  
 der Geburtsjahrgänge 1875-1869 in der Stadt  
 Leipzig haben wir Bekanntmachung an den Anschlag-  
 säulen erlassen, auf die hierdurch hingewiesen wird.  
 Leipzig, am 5. Mai 1915. Qu.-A. 2444.  
**Der Rat der Stadt Leipzig.**

**Bekanntmachung**  
**für Tierhalter und Haferhändler.**

Punkt III Absatz 2 unserer Bekanntmachung für  
 Pferdebesitzer, Besitzer von sonstigen Einhufern und Hafer-  
 händler vom 13. April 1915 - Qu.-A. 1151 - abgedruckt  
 in den hiesigen Tageszeitungen am 14. April 1915, wird  
 hiermit aufgehoben.  
 Statt dessen wird für den Bezirk des Kommunal-  
 verbandes der Stadt Leipzig auf Grund der durch § 24  
 der Bundesratsbekanntmachung über die Regelung des  
 Verkehrs mit Hafer vom 12. Februar 1915 den Kommunal-  
 verbänden gegebenen Ermächtigung folgendes bestimmt:  
 Der Verkaufspreis des Hafers, den der Händler  
 vom Käufer fordern kann, darf, auf die Tonne berechnet,  
 nicht höher sein, als höchstens 280 Mk., also für den  
 Zentner nicht mehr betragen als 14 Mk. Dieser Preis  
 gilt für Lieferung ohne Sack und für den Fall der  
 Abholung des Hafers durch den Käufer.  
 Diese Preisfestsetzung gilt vom 6. Mai dieses Jahres  
 ab, diesen Tag eingerechnet.  
 Im übrigen wird an den Bestimmungen in Punkt III  
 unserer oben erwähnten Bekanntmachung vom 13. April  
 dieses Jahres nichts geändert.  
 Leipzig, am 5. Mai 1915.  
**Der Rat der Stadt Leipzig.**

**XXII. Listung der Kriegsoffiziere über Bei-  
 träge von 10 Mk. und mehr.** Deutsche Jugendwerke  
 G. m. b. H. 300 Mk. Frau Jäger 10 Mk. Landgerichtspräsident  
 Dr. Schmidt 10 Mk. Th. Knauth und Frau 10 Mk.  
 Dr. Alfred Giesecke 300 Mk. Lehrerkollegium des Königl.-  
 Albert-Gymnasiums 300 Mk. Daselbe 300 Mk. Ernst  
 Sander 100 Mk. Leopold Mobitz 100 Mk. M. W. R. 30 Mk.  
 Emma Gruner 20 Mk. Vom Quartieramt, gezeichnete  
 Quartierzettel, 100.15 Mk. Desgleichen 704.45 Mk.  
 Otto Berger 80 Mk. Bürgermeister Dr. Weber 50 Mk.  
 Hermann Schlempp 20 Mk. E. J. Gohlis 15 Mk. Bruno  
 Eberbach 50 Mk. Georg Gruppe 100 Mk. M. Brockmann  
 50 Mk. Chemische Fabrik Gutrich 20 Mk. Ungenannt  
 10 Mk. von Windt 30 Mk. Mitteldeutsche Maschinenbau-  
 Gesellschaft m. b. H. 20 Mk. Tischlermeister Wögel  
 10 Mk. Frau Justizrat Kormann 20 Mk. Kupf. & Co.  
 10 Mk. Worum Modau, Ueberweisung 2020.50 Mk.  
 D. W. Guss. Ed. Händel 20 Mk. Ruhe in Privatklage-  
 sache Feb. 7. W. durch Rechtsanw. Dr. Richter 20 Mk.  
 Geistliche der Ephorie Leipzig I 1200 Mk. Frau Betty  
 Leutemann 80 Mk. Schwestern von St. Georg 85 Mk.  
 Verein reisender Schausteller, Sektoren Leipzig, und Sammlung  
 eines Ausschusses auf der Schaumesse durch Herrn  
 Ernst Diege, Iwida, 480.28 Mk. A. Schindler 25 Mk. J.  
 10 Mk. Beamte der schif. Textilberufsgenossenschaft  
 Leipzig 18 Mk. Prof. Dr. Kromeyer 50 Mk. Justizrat  
 Dr. Kormann 50 Mk. Arbeiterschaft des Kriegs-  
 bekleidungsamtes des XIX. A.-R. 227.50 Mk.  
 Karl Ramin 10 Mk. Georg Zeltner 10 Mk. S.  
 Goldstaub 20 Mk. Ed. Baumann 10 Mk. Hauptmann  
 Dred 20 Mk. Ueberwiesene Quartiergelder 140.55 Mk.  
 Bürgermeister Roth 100 Mk. Oberbürgermeister  
 Dr. Richter 100 Mk. Leutnant D. G. 30 Mk. Prof.  
 Dr. R. Feinze 100 Mk. Gemal. o. Ha der Petrischule  
 11.70 Mk. Durch Büchsenjammung von Fr. E. Hoffmann  
 160.81 Mk. Lange II 82.92 Mk. Lange I 97.72 Mk.  
 im Panoramafongert 40 Mk.

**Wagenbauer-**  
**Kranntaffe :: Filiale Plagwitz**  
 Sonnabend, den 8. Mai, abends 7/8 Uhr  
**Quartals-Versammlung**  
 im Kassenlokal Restaurant Kamerun.  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

**Ziehung 18., 19. Mai 1915**  
**Geld**  
 -Loterie zum Besten der Königin-Carola-Gedächtnis-Stiftung.  
 Gewinne ohne Abzug Mark  
**225000**  
**25000**  
**15000**  
**10000**  
 Hauptgewinne  
 Auf je 10 Lose (ausgegebenen Nummern wird  
 mindestens ein Gewinn garantiert)  
**Lose à 1 Mk.** (Porto u. Liste  
 30 Pfg. extra)  
**„Invalidentank“**  
 LEIPZIG, Universitätsstr. 4  
 sowie in durch Filialen landesweiten Vertrieb.

**Fischpreise**  
 für lebendfrische Ware!  
**Schellfisch 48** Pf.  
 im Anschnitt Pf.  
**Kabeljau 48** Pf.  
 im Anschnitt Pf.  
**Seelachs 48** Pf.  
 im Anschnitt Pf.  
**Holländ. Angelschellfisch**  
 je nach Größe Pfund  
**28 35 50 60**  
**Goldbarsch 35** Pf.  
 ohne Kopf Pfund  
**gr. Rotzunge 70** Pfund  
**Heilbutt 70** Pfund  
**Austernfisch 80** Pfund  
 abgezogen . Pfund  
**„Nordsee“**  
 Reichsstrasse 25.

**Restaurant Typo-Graf** Stornwarten-  
 strasse 33. 1.\*  
 Rob. Beschorner.  
**Gambrinus Lindenau**  
 Odermannstr. 12  
 Bringe meine Lokalt. in empfehl. Erinnerung. - Freitags  
 u. Sonnab. Schweinsfleisch. Ch. Wawrzinek.

**Persil**  
 für  
**Kinderwäsche**  
**Henkel's Bleich-Soda**

**Kartoffel-Zentrale**  
 Teleph. 7638 Königstraße 13 Teleph. 7688  
 Kommen von heute ab circa 1000 Zentner großkalende  
**mehlige Speisekartoffeln**  
 zum zentnerweisen Verkauf. - 10 Pfund 75 Pfg.

**Geschäftsaufgabe-Ausverkauf!**  
 Blusen, Kostüme, Kleider weit unter Einkaufspreis.  
 Wer billig kaufen will, beziehe sich auf Geschäfts-  
 Einrichtung zu verkauf. Leipzig, Kurprinzstr. 19, 1.

**Vermietungen**  
**Süden.**  
**Gartenvorstadt Marienbrunn**  
 Wohnungen mit Bad und  
 Innenabtritt, 350 bis 485 Mk.  
 Jahresmiete, fortzugsfähig  
 sofort oder später an vermietet.  
 Näheres b. Herrn **Kausch**,  
 Am Bogen 54. 1915

**Norden.**  
**Wohnung 140 Mk.**  
 Stube, 2 Kammern, Küche u.  
 Zubehör zu vermieten.  
 Zschortauer Nr. 20a b. **Deitzsch**.

**HANS EITNER**  
 Internationaler Möbeltransport  
 Spez. ausländische Transporter  
 Lagerhaus mit Wärfelkabinen  
 Friedrichstr. 2. Stund.-Saugapparat.  
 Bismarckstr. 11/12 u. Bismarckstr. 11.  
 Fernsprecher Nr. 2. 1915 2010

**Verkäufe**  
**Möbel** neu u. geb., spottb.,  
 ganze Wirtschaften.  
 Glasige Golegenstühle (Rohr).  
**Gerberstr. 5, I., Obenbögler.**  
 Fackeltanzg. 8. A. Frühl. - Val.  
 3. A. Fackelt. 2. Hof. 1.50. West.  
 30. A. Schallf. 6. Schübe 3. A.  
 Kn.-Kng. 5. A. Kn.-Solen 1.50.  
 D.-Rost 6. Mant. 3. Fackelt. 3. A.  
 Kind.-Kleid. 3. A. Da.-Blus.  
 40 A und verschiedene Kinder-  
 sachen spottbillig **Lindenau**,  
**Ralmundstrasse 14, I. L.**

**Schröters Monats-Garderobe**  
**Wächterstr. 24, II.** kein Laden.  
 Neueste Kostüme, Jacketts,  
 Kleider von 5 A an bis zu den  
 Eleganteiten. Kenderung sof.  
 Blusen, Röcke, Mäntel, Wäsche,  
 und Kindergarderobe  
**Herren-** Schuhe, Schirme etc.  
 all. besonders sehr preiswert.  
**Achtung!**  
 Trotz der überall erhöhten  
 Gummipreise kaufen Sie in  
 meinen Läden alle Sorten  
 Gummivarren stannend bill.  
 Gummibags, Paar v. 2.50 A.  
 Fahrradbäder, Stk. v. 2.50 A.  
 G.-u. Frig.-Schl. m. v. 80 A.  
 Gart.-u. Wass.-Schl. m. v. 80 A.  
 Kinderwagenreif., St. v. 50 A.  
 Gummispielwaren zu sehr  
 billigen Preisen usw. usw.  
**S. Sidersky** Friedrichstr. 26. 1.\*  
 Filialen: Windmühlenstr. 1-5  
 Bayerische Str. 26, Zauscher  
 Str. 25, Wintergartenstr. 9,  
 Täubchenweg 58. 1915

Bei **BARTH** kauft man  
  
**gut und doch billig!**  
 Qualität der Vollkaskierung  
 mitbringen, dann gibts  
**Extra-Rabatt.**  
 Nur **Kurprinzstr. 24**

**Uhren**  
**Goldwaren**  
**Optische Artikel**  
**Eigene Werkstatt**  
 für sämtliche Reparaturen zu  
 bekannt billigen Preisen.  
**Edgar Illguth**  
 Uhrmacher, Reitzstr. 21.  
**Kraftfutter für Hühner**  
 Str. 15. A. Pfd. 10 1/2. A. v. l.  
 Würzner St. 82. A. Tel. 13 008  
 Alte Rad. kft. Beethovenstr. 11.

**Vermischte Anzeigen**  
**Steuer-Notifikationen**  
 n. Gesuche verb. bill. ausgef.  
 H. Rabritter, Würzner Str. 88.

**Wäsche** wird sauber  
 geplättet.  
**Stöfforitz**  
 Holzhäuser Str. 57, Hof II.  
**Maria verw. Ruth.**

Extra-Bellage dieser Nummer:  
 Von der Fr. Aug. Stukenbrok,  
 Clubed, ein Prospekt für die  
 Abonnenten der Land- und  
 Postausgabe.

**Arbeitsmarkt**  
**1 Sattler**  
 auf Geschirrarbeit sof. gef.  
 Zu meld. Göschenstr. 2, Kontor

**Schmiede** die bereits in  
 Eisenbetonbau-  
 geschäft gearbeitet haben und  
 mit Abbiegen von Eisen ver-  
 traut sind, sofort gesucht.  
**Maschinisten** mit Bedie-  
 nung von  
 Maschinen mit Benzinmotor  
 vertraut, sofort gesucht.  
**M. G. Richter, Kammerling & Co.**  
 Leipzig-Mt., Schönauer Weg.

**2 kräftige Schlosserlehrlinge**  
 stellen noch ein  
**Kröner & Reimer, Werkzeugmach-  
 fabrik, Lind., Ragner Str. 88.**

2 hochfeine Anzüge  
 u. Sommer-Paletot bill. z. v. l.  
 Nordstraße 54, v. l.  
**Schube, Ritterstr. 4, Tel. 3585,**  
 Maschinen Original-Viktoria u. Pöhlitz.  
 Noch guterhalt. Kinderwagen  
 Renft., Gedwignstr. 20, II. Frühl.

**Kartoffeln**  
 verkauft **Möckern**  
**Mecklenburgstrasse 17.**

**Briketts**  
 beste Marken offeriert auch  
 in größeren Posten **Lindenau**,  
**Kanglerstr. 2, Kohlengeschäft.**

**Kräftige Arbeiter**  
 militärfrei, sofort gesucht.  
**Meier & Weichelt**  
 Eisen- und Schmiederei  
 Großhöcker bei Leipzig, am preuß. Bahnhof.  
**Schlosser, Mieter, Zuschläger**  
 für Eisenkonstruktionen  
**Kernmacher und Schlosserarbeiten** sucht  
**Franz Mosenthin, Leipz.-Eutr., Zschortauer Str. 76.**  
**Tüchtige Dreher**  
 für **Stahlgusskörper**, insbesondere zum  
**Gewindeschneiden**, suchen  
**A. Gutberlet & Co., Maschinenfabrik**  
**Mölkau-Leipzig.**

**Herren-**  
**Artikel**  
**Selbstbinder** beliebtes Muster,  
 blau-weiß gestuft. .... 45 Pf.  
**Selbstbinder** moderne türkische  
 Muster ..... 65 Pf.  
**Selbstbinder** moderne Foulards,  
 reine Seide, 120 cm lang .. M. 1.25  
**Schillerhemd** weiß, breiter, mo-  
 derner Kragen ..... M. 2.75  
**Sportkragen** weiß Tan. 35 Pf.  
**Polich**

**Familien-Nachrichten**  
 Für die uns bei dem so pflüchtigen Hinscheiden  
 unserer lieben guten Mutter  
**Emilie verw. Kopsch geb. Stock**  
 erwiesene Teilnahme und den herrlichen Blumen-  
 schmuck sagen wir allen lieben Verwandten und  
 Bekannten unsern tiefempfundnen Dank.  
 3887 Die trauernden Hinterbliebenen.

Mittwoch, abends 9 Uhr, entschlief nach längerem  
 Leiden sanft und ruhig unsere innigstgeliebte Tochter  
 und Schwester, Fräulein  
**Martha Apelt**  
 im 24. Lebensjahre. Dies zeigen schmerz erfüllt an  
 P a u l s o r f, den 6. Mai 1915  
**Gustav Apelt und Frau**  
**Gustav Apelt** als Brüder.  
**Artur Apelt**  
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 8. Mai,  
 nachmittags 1/2 3 Uhr, vom Trauerhause, Wilhelm-  
 straße 14, I., aus statt. 1912

Unsere Hoffnung auf ein Wiedersehen  
 ist vernichtet.  
 Pflücht und unerwartet erhielt ich die tief-  
 traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter  
 Mann, mein einziges Glück, unser lieber Sohn,  
 Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Neffe und  
 Onkel  
**Max Langenhahn**  
 Bigelfeldweber des Ref.-Inf.-Reg. 107, 7. Komp.  
 im Alter von 30 Jahren, durch einen Granat-  
 splitter am 27. April den Feldtode stirb Water-  
 land erlitten hat.  
 L.-Schönefeld, Gartenstraße 7  
 In tiefstem Schmerze die tieftrauernde Witwe  
**Emma Langenhahn geb. Krosch**  
**Anna verw. Langenhahn** und Sohn  
**Friederike verw. Krosch** und Kinder  
 zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Werden Verwandten und Freunden die betrübende  
 Nachricht, daß mein lieber Sohn, unser guter Bruder  
 und Schwager  
**Felix Porst**  
 Ers.-Reg. im Landw.-Inf.-Reg. 78  
 infolge einer schweren Verwundung im Feldlazarett  
 am 30. April verstorben ist.  
 L.-Schleußig, den 5. Mai 1915.  
**Emil Porst und Angehörige,**

Kuß mir wurde es heute zur Gewißheit, daß  
 mein lieber Mann, unser guter treusorgender Vater  
 und lieber treuer Sohn, Bruder und Schwager, der  
**Unteroffizier Paul Hugo Schröter**  
 am 9. April in englischer Kriegsgefangenschaft an  
 einer Lungenerkrankung gestorben ist.  
 L.-Kleinshöcher, Hirzelsstraße 16.  
 Die trauernde Schwergeliebte  
**Witwe J. Schröter geb. Romanns**  
 nebst Kindern u. übrigen Hinterbliebenen.

Dem blutigen Völkerringen erlag auf  
 dem östlichen Kriegsschauplatz durch  
 Granatschuss unser Kollege  
**Emil Rohr.**  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
**Das Personal der Firma**  
**Dach & Co., Maschinenfabrik**  
 L.-Reudnitz, Lutherstrasse.

Schnell und unerwartet starb durch Unglücksfall  
 unser lieber unvergesslicher Sohn und Bruder  
**Fritz Ebert.**  
 In tiefem Schmerze zeigen dies an  
 1908  
**1881** den 6. Mai 1915  
**Wilhelm Ebert und Frau, Elsa Ebert**  
**Karl und Richard Ebert, M. im Felde.**  
 Beerd.: Freitag, 8 Uhr, vom Zöllniger Friedhof aus.

Heute früh 1/3 Uhr entschlief sanft nach langem  
 Leiden mein lieber unvergesslicher Bruder, unser  
 lieber Schwager und Onkel, Herr  
**Paul Schumer**  
 im 36. Lebensjahre. In tiefer Trauer  
**Richard Berger und Frau geb. Schumer.**  
 Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags  
 4 Uhr, auf dem Connewitzer Friedhof statt.  
 Freundlichst zuge dachte Blumen spenden wolle  
 man bitte Kochstr. 122, IV., bei Berger abgeben.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
 Filiale Leipzig.  
 Am 5. Mai verschied unser langjähriges treues  
 Mitglied, der invalide Schleusenarbeiter  
**Friedrich Paul Schumer**  
 im 36. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken be-  
 wahrt ihm 1984 Die Ortsverwaltung.  
 Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags  
 4 Uhr, auf dem Connewitzer Friedhof statt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Mai.

Geschichtsalender. 6. Mai 1786: Der Schriftsteller Ludwig Börne (Pseudonym) in Frankfurt a. M. geboren († 1837). 1850: Der Naturforscher Alexander v. Humboldt in Berlin gestorben (\* 1769). 1904: Der Maler Franz v. Venbach in München gestorben (\* 1830). 1914: Eröffnung der Zugra.

Sonnenanfang: 4,23, Sonnenuntergang: 7,31. Mondanfang: 1,52 vorm., Monduntergang: 10,54 vorm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 7. Mai.

Südwind, meist heiter, warm, Gewitterneigung, sonst vorwiegend trocken.

Aus dem Stadtparlament.

Das Wertzuwachssteuergesetz, das neue Statut für das Kaufmannsgericht und die neue Meldeordnung waren in der gestrigen Sitzung die Hauptberatungsgegenstände. Jeder einzelne von ihnen war geeignet, eine längere Auseinandersetzung hervorzurufen, besonders die beiden letztgenannten wegen ihres rückwärtigen Charakters, indes kam es nur bei der Beratung des Wertzuwachssteuergesetzes zu einer längeren Aussprache. Die Hausbesitzerpartei vertritt eben die Grundbesitzerinteressen rücksichtslos, gleichgültig, ob die Stadtinteressen oder die der großen Mehrheit der Bevölkerung dadurch geschädigt werden. Dies zeigte sich auch gestern wieder recht deutlich. Bei der Beratung des Ortsgesetzes über die Wertzuwachssteuer gingen die Vertreter der Hausbesitzer ins Zeug, als gelte es, den Tod abzuwehren. Dabei machte es dem Führer der Hausbesitzer- und Mittelstandspartei, dem Herrn Zähne, gar nichts aus, daß er die Eingaben der großkapitalistischen Grundbesitzerpartei zur Kenntnis brachte und deren Interessen vertrat. Mit Recht wies der Oberbürgermeister Dr. Dietrich auf den merkwürdigen Umstand hin, daß sich die Vertreter des soliden Grundbesitzes schüßend vor die Spektakelanten stellten, damit diesen nicht ein Teil ihrer Beute abgenommen und der Stadt dienstbar gemacht wird. Darauf wußte Herr Zähne nichts Stichhaltiges zu erwidern, sondern jammerte nur über die neue (!) Belastung der Grundbesitzer. Seine erste Rede leitete er mit einem Angriff auf die Vertreter der dritten Klasse ein, denen die Besteuerung des Grundbesitzes nicht hoch genug sein könne. Wundern tue es ihn, daß die Vertreter der ersten Abteilung für eine solche Besteuerung des Eigentums seien. Damit wollte er sie bei den Privateigentumsinteressen fesseln, damit sie seinen Anträgen zustimmen. Er stellte gleich ein ganzes Bündel solcher. Gewiß sollte die Vorlage abgelehnt werden; falls dies aber doch nicht geschehe, solle die Steuer um ein Viertel ermäßigt werden. Um einen besonderen Druck auszuüben, beantragte er namentliche Abstimmung. Auch in der ersten Abteilung befinden sich Gegner der Wertzuwachssteuer. Dr. Tscharmann bekannte sich offen als solcher; aber nicht etwa, weil er die Steuer nicht für gut und gerecht hielt, sondern weil ihm die — städtische Besitzwechselabgabe zu hoch ist. Selbst seinem Berufs- und Fraktionskollegen Rechtsanwalt Dr. Jund ging diese eigentümliche Logik wider den Strich, und er wandte sich, wenn auch in wohlwollend kameradschaftlichen Worten, gegen ihn.

Genosse Pollender führte dann dem Kollegium an der Hand des statistischen Jahrbuchs der Stadt Leipzig ein paar Fälle von Grundbesitzerpekulationen vor Augen, bei denen in kurzer Zeit 60 000 bis 95 000 Mk. Profit erzielt wurde. In dem einen Falle sollen 6000, im anderen 9500 Mk. in die Stadtkasse fließen. Dies Beispiel wirkte überzeugender als alle sonst vorgebrachten theoretischen Beweise für die Notwendigkeit der Steuer und ihres Weiterbestehens. Der Antrag Zähnes ergab bei namentlicher Abstimmung die Zustimmung zur Vorlage mit 37 gegen 23 Stimmen. Einige Änderungsanträge der Ausschüsse wurden darauf angenommen.

Die Kinderkriegszulage, die der Rat den städtischen Angestellten und Arbeitern gewähren will, die nur bis 1800 Mk. Einkommen haben, hat schon wegen ihrer Unzulänglichkeit im Ausschuss zu längeren Auseinandersetzungen geführt, wie der Berichterstatter in seinem Referate ausdrücklich mitteilte. Es ist deshalb ein Antrag angenommen worden, der den Rat zur Erwägung veranlassen soll, die Unterstützung auf die Aushilfskräfte auszudehnen und ältere Arbeiter noch zu berücksichtigen, bei denen es die Verhältnisse erfordern. Genosse Franke begründete die Berechtigung dieses Verlangens noch eingehend. Das Kollegium stimmte dem Ausschussantrage dann zu.

Wertwändig ist, daß das Verlangen der Reichsregierung, das sie zu Anfang des Krieges geäußert hat, es solle mit der polizeilichen und bürokratischen Bevormundung der Bevölkerung Schluss gemacht werden, in Leipzig nicht Rechnung getragen wird. Die Meldeordnung, die das Kollegium gestern zu beraten hatte, ist ein wahres Muster polizeilicher Bevormundung. Genosse Kressin pflichtete nur ein paar der düstigen Blumen aus diesem Strauß und beantragte Wenderung der Bestimmungen. Insbesondere sollte die Ausnahmebestimmung gegen die Dienstboten fallen und daß die Armen gleich mit Haft bestraft werden können, während der Reihe sein Vergehen mit einem Griff in die Westentasche sühnen kann.

Mit der Kritik und den Anträgen kam unser Genosse beim Polizeidirektor Dr. Wagner schon an. Die bürgerlichen Vertreter lehnten die Anträge Kressins schlantweg ab und gaben das Gutachten — denn zu bestimmen hat das Kollegium ja hierbei nicht — im zustimmenden Sinne ab. Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten dagegen. Die zweite Blüte fortschrittlich-kommunalpolitischer Sozialpolitik ist das neue Statut für das Kaufmannsgericht. Am liebsten ließ man die Beisitzer auf Lebenszeit wählen, wie die schwäbischen Schultheißen, um, wie es aus Ratsmunde so schön klang, den Wählern die Aufregung und Mühe und der Stadt und den Korporationen die Kosten zu sparen. Genosse Lüttich deckte den rückwärtigen Charakter der Vorlage mit ein paar Sähen auf und beantragte, die Amtsdauer der Beisitzer wie bisher bei drei Jahren zu belassen.

Nicht der Rat sei so reaktionär, wie es hingestellt worden sei, behauptete Stadtrat Zoppf, er habe nur dem Verlangen nachgegeben, das aus Handlungsgeschäften gekommen sei. Auch ein schönes Zeichen der neuen Zeit: Die Handlungsgeschäfte sind also reaktionärer als der Zoppf. Zu einer kleinen Auseinandersetzung kam es dann noch zwischen dem Mittelständler Heinze und Genossen Lüttich wegen eines Ausschussantrags, wonach in Zukunft auf Antrag des einen Teils der Beisitzer der Ausschuss einberufen werden kann. Das will Herr Heinze absolut nicht gestatten. Der Antrag muß noch von einem Unternehmervertreter mit unterschrieben sein. Er gibt selbst zu, daß es von keiner weittragenden Bedeutung sei, wenn im Sinne der Ausschüsse beschloffen werde, „aber er wolle die Parität gewahrt wissen“. Er mußte den Schmerz erleben, daß dieser Antrag gegen 15 mittelständlerische Stimmen angenommen wurde. Der Lüttichsche Antrag, die Amtsdauer der Beisitzer bei den drei Jahren zu belassen, wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt. Damit genießt Leipzig den Ruhm, in der Kriegszeit das Wahlsrecht zu einer sozialpolitischen Körperschaft rückwärts revidiert zu haben. Der öffentlichen folgte noch eine geheime Sitzung.

Vom Selbstmord der Kinder.

Am Montagabend Dr. Brahn einen Vortrag vor etwa 30 Lehrern und Lehrkräften über den Selbstmord von Kindern und jungen Leuten. Die Ausführungen waren im Grunde eine Verwahrung dagegen, daß man Selbstmorde von Schülern den Schulen und den Lehrern anrechne und von Schülerelbstmorden rede. Auch gegen Prof. Gurtt, der den größten Teil der Schülerelbstmorde dem Schulsystem zuschreibt, wandte sich der Redner wiederholt. Die Erforschung der Kinderelbstmorde sei äußerst schwierig, weil man die Beweggründe nicht feststellen könnte. Schon die äußeren Anlässe könne man schwer erfahren, noch viel weniger könnten die inneren Ursachen ermittelt werden. Sei wirklich das Erlebnis bekannt, das den Anstoß zum Selbstmord gab, so bleibe immer noch zu erforschen, welche weiteren Erlebnisse vorausgegangen sind. Wenn es z. B. bei der Schilbung eines Schülerelbstmords heiße, der Knabe konnte einen Verweis des Lehrers nicht ertragen, so müßten noch andere Zusammenhänge, die nicht einmal in der Schule zu liegen brauchten, vorhanden sein. Bisher sei der Kinderelbstmord nur als Massenerscheinung untersucht worden. In der Statistik erscheine die im Verhältnis immer gleichbleibende Zahl der Selbstmorde, ohne daß auf die Ursachen eingegangen wäre. In Preußen seien Selbstmorde von Kindern und jungen Personen unter 18 Jahren gezählt worden:

Table with 3 columns: Year, Total, Male, Female. 1903: 573, 384 männlich, 189 weiblich. 1904: 558, 380, 178. 1905: 603, 403, 200.

Dennoch sei die Zahl der Selbstmorde von Kindern relativ nicht gewachsen. Bemerkenswert sei auch, daß sich doppelt so viel männliche als weibliche junge Personen das Leben nehmen. In Frankreich, wo man sich mit diesen Fragen mehr beschäftigt, sei der Kinderelbstmord in den letzten 60 Jahren, wie der Selbstmord überhaupt, um das Vierfache gestiegen.

Material zur Erforschung der Kinderelbstmorde lieferten die Schulen, die Zeitungen und die Kliniken. Eulenburg in Berlin habe seinen Untersuchungen 323 Selbstmorde zugrunde gelegt, die ihm aus Zeitungsnotizen bekannt wurden. Es seien ihm die Akten der Behörden zur Verfügung gestellt worden, aus denen er mit geschöpft habe. Trotzdem habe er bei 55 Fällen (31 männliche, 24 weibliche) die Ursachen nicht feststellen können. Bei 43 (15 männliche, 28 weibliche) waren Verlesungen, bei 42 (17 männliche, 25 weibliche) schlechte Zeugnisse als Beweggründe angegeben. Als Art des Selbstmordes hat Eulenburg ermittelt: bei 49 (15 männliche, 34 weibliche) durch Gift, bei 60 (20 männliche, 40 weibliche) durch Ertrinken, bei 38 (12 männliche, 26 weibliche) durch Sturz aus dem Fenster, bei 53 (47 männliche, 6 weibliche) durch Erhängen, und bei 100 (82 männliche, 18 weibliche) durch Erschießen. Der Rest verteilt sich auf verschiedene ungewöhnliche Arten. Von den 323 Selbstmorden sind 60 (20 männliche, 40 weibliche) in Gemeinschaft verübt, in einem Falle gleich von vier jungen Mädchen zusammen. Diese gemeinschaftlichen Selbstmorde führte Dr. Brahn auf Anstiftung zurück, der die weibliche Jugend mehr unterliege als die männliche.

In höherem Maße als Lehrer und Schule trage die Familie die Verantwortung für die Selbstmorde der Kinder. In der modernen Familie herrsche eine nur geringe Zucht (?), den Kindern werde zu sehr eigener Wille gelassen. In den ärmeren Schichten sei die Verwahrlosung, die Trunksucht und die Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse schuld. Als ob nicht Trunksucht und — wie es Brahn nennt — Verwahrlosung gerade in den wirtschaftlichen Verhältnissen wurzeln. Auch der Literatur werde unangenehme eine zu große Schuld an den Kinderelbstmorden zugeschrieben. Daß der Kinobesuch oftmals den äußeren Anstoß geben könne, sei nicht zu leugnen, aber es müßten noch tiefere Erlebnisse vorausgegangen sein. Geisteskrankheit als Ursache zum Selbstmord sei nur bei ein Viertel aller Fälle festgestellt worden. Einige Autoritäten geben 10 bis 20 Prozent an. Aber die Geisteskrankheit treffe nicht die Kinderelbstmorde. Sie käme nur für junge Leute, die sich im Alter der Pubertät, der Geschlechtsreife, befinden, in Betracht. Hier habe wieder die weibliche Jugend den größeren Anteil. Der Redner beruft sich auf eine Schrift zweier österreichischer Nerzte, die 61 Kinderelbstmorde in ihrer Klinik untersucht haben. Obwohl Dr. Brahn eingangs selbst betonte, daß das Material aus den Kliniken einseitig sei, stimmte er den Nerzten zu, die in den Anlagen eines Kindes die Ursache des Selbstmordes erblickten. Mit diesem Urteil wird aber der Erziehung jeder bessere Einfluß abgesprochen, der in Wirklichkeit doch vorhanden ist. Ein Beispiel, das ein Lehrer in der Aussprache anführte, bewies, wie Schule und Lehrer bessernd oder verschlimmernd auf die pathologisch veranlagten Kinder einwirken können. Einer seiner Schüler sei bei immer härteren Strafen immer weniger in Zucht gekommen und trieb sich tagelang im Freien umher, so daß er schon an einen Selbstmord glaubte. Als er doch gefunden wurde, habe er ihn ausgereicht freundlich behandelt und ihn nicht mehr geschlagen. Seit zwei Jahren habe der Knabe nicht eine Stunde Schulzeit vermisst und sei ein guter Schüler geworden.

Besonders zeigte das Geschehen der kindlichen Selbstmörder große Wertwändigkeiten. Diese Kinder seien eigentlich sehr heiter, aber plötzlich reizbar. Wutanfälle und Schreianfälle seien nicht selten. Man könne das nur als ethische Minderwertigkeit bezeichnen. Auch die Wochenschrift spiele eine Rolle. So habe ein 13-jähriger Selbstmörder im Abschiedsbriefe an seinen Vater geschrieben: „Sei versichert! Dein Dich habender Sohn!“ Die Kinder seien auch gewöhnlich fröhlich, weil sie zeitig auf die Straße getrieben würden und Geld verdienen müßten. Dr. Brahn kam zu dem Schluss, daß die eigentlichen Ursachen der Selbstmorde von Kindern und jungen Leuten in den Anlagen liegen, mit denen die Kinder belastet seien.

Werbung des unangebildeten Landsturms. An den Plakaten ist vom Räte der Stadt Leipzig eine Bekanntmachung über die Werbung der Jahrgänge 1875 bis 1890 des unangebildeten Landsturms angeschlagen, auf die der Landsturm hingewiesen sei.

Erhöhung des Höchstpreises für Papier. In einer Bekanntmachung im Inzeratenteil der vorliegenden Nummer ordnet der Rat der Stadt Leipzig in Abänderung seiner Bekanntmachung vom 13. April an, daß der Verkaufspreis für Papier nicht höher sein darf als 290 Mark für die Tonne oder 14 Mark für den Zentner. Der Preis gilt für Lieferung ohne Sack bei Abholung durch den Käufer. Die Preiserhöhung tritt heute in Kraft. In den übrigen Bestimmungen bleibt die Bekanntmachung vom 13. April unverändert.

Große Zerklopftheit, krankhafter Ehrgeiz, falscher Stolz sind nach einem Erlaß des stellvertretenden Generalkommandos des 7. Armee-Korps die Eigenschaften der Leute, welche die Krüge ohne das Eisene Kreuz als minderwertige Soldaten bezeichnen oder — wenn sie das Eisene Kreuz erhalten haben — geringfügig auf ihre Kameraden ohne die Auszeichnung herabsehen. Die Erklärung des genannten Generalkommandos lautet: „Eine unbewusste Zerklopftheit begehren manche an unsern braven Feldgrauen, indem sie die schändliche Auszeichnung durch das Eisene Kreuz im Stillen auf einen Mangel an Tapferkeit zurückführen und diese Ansicht sogar offen aussprechen, zum mindesten aber irgendwelche durchsichtige lassen. Wie viele tapfere Kämpfer sind schon seit Monaten draußen und haben das Kreuz nicht erworben! Sind sie deshalb weniger gute Soldaten? Alle können es nicht haben, das muß sich doch jeder vernünftige Mensch selbst sagen, wenn auch jeder von dem Wunsche befeelt ist, sich das eisene Ehrenzeichen zu verdienen. Aber die Gelegenheit, eine besondere Tat zu vollbringen — eine solche ist ja für die Bekleidung des Eisernen Kreuzes erforderlich — bietet sich eben nicht einem jeden, und kann sich nicht allen bieten. Schon dieser Grund ist von großer Wichtigkeit für die Beurteilung der ganzen Frage. Wenn demgegenüber ein mit dem Kreuz Geschmückter andrückt: „Ohne Kreuz wäre ich nicht wieder gekommen,“ oder ein Vater seinem Sohne beim Abschied einträgt: „Daß du mir nicht ohne Kreuz zurückkehrst,“ so sind das recht unbedachte Worte, die jedes tatsächlichen Wertes entbehren, bedauerliche Worte sogar. Und häufig gar Schlimmeres, etwas, das nach krankhaftem Ehrgeiz schmerzt, nach Missetaten, nach falschem Stolz. Daß der einzelne stets Gelegenheit, sich hervorzuheben? Daß der eine nicht häufig weit mehr Gelegenheit dazu als der andere? Manchen, der tapfer dem Feinde die Seite bietet, strukt gleich die erste Kugel nieder. Hätte er nicht sonst vielleicht auch das Kreuz verdient? Hier soll unter keinen Umständen die Rede sein von einer ungleichen Verteilung des Ehrenzeichens die Rede sein. Jeder, der das Kreuz trägt, hat es rechtlich verdient. Würde es für treue Pflichterfüllung schlechthin erteilt, so dürfte es jeder Feldsoldat tragen. Dann aber wäre die Auszeichnung wieder verallgemeinert und ihr Wert würde herabgesetzt sein. Aber herabwürdigende Urteile über die, die das Kreuz nicht haben, sind grobe Zerklopftheiten und zeugen von einer völligen Unkenntnis in Kreisen des Publikums über die Maßstäbte zur Erwerbung und über die Bedeutung des Ehrenzeichens.“

Die Kriegsliteraturausstellung im Buchhändlerhaus, Hospitalstraße Nr. 11, Eingang B, ist für das Publikum bei freiem Eintritt noch bis Ende dieser Woche geöffnet.

Polizeinachrichten.

Ein Hehler schlimmer Art. Ein Stünzer Rohproduktenhändler, der vor Kurzem durch sein Geschäftsgedaren die besondere Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei auf sich gelenkt hatte, konnte jetzt als Hehler entlarvt werden. In schändlicher Weise hatte er es wagen, eine Anzahl Arbeiter bei Firmen und Betriebswerkstätten fortzujagen zu größeren Diebstählen von Metallen (Zinn, Messing, Kupfer, Blei) zu verleiten und immer von neuem dazu anzuspornen. Sogar zum Teil mit Handwagen brachten ihm seine schlagigen Opfer die gestohlenen Stücke in sein Geschäft. Durch sofortigen Weiterverkauf und Unterlassen der Ankauf- und Verkaufseinträge in seine Geschäftsbücher war es ihm möglich, sein gewerbsmäßiges Hehlergeschäft den kontrollierenden Aufsichtsbeamten gegenüber lange Zeit zu verschleiern. Den Zuträgern und Dieben der Metalle zahlte er einen Spottpreis und verkaufte dann die Diebstehende an einen Altmetallhändler im Ostviertel schnellstens mit bedeutendem Gewinn weiter. Aber auch dieser muß über die Herkunft des Metalls unterrichtet gewesen sein, denn auch bei ihm entdeckte man falsche Buchungen, zudem wurde er überführt, daß er die eingekauften Stücke jedesmal sofort verkauft hatte, um ihren Ursprung unentdeckt zu machen. Beide Händler sitzen jetzt hinter Schloß und Riegel, so daß ihnen ihr unaufrichtiges Handwerk auf längere Zeit gesetzt sein dürfte. Das gestohlene Gut hat einen Wert von mehreren tausend Mark.

Unfälle. Am Thomadring fiel ein Fensterputzer beim Putzen eines Schaufensters so unglücklich von der Leiter herab, daß er einen rechtzeitigen Unterschenkelbruch davontrug. — Ein 12-jähriger Schüler stürzte gestern auf dem Neumarkt von seinem Fahrrad auf die Straße. Das Rad war in eine Straßenbahnspur geraten und hingekommen. Er zog sich einen Unterschenkelbruch zu.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren. Das 4-jährige Söhnchen eines Zinniebers wurde am Mittwochmittag in der Silberstraße von einem Straßenbahnwagen überfahren. Dem bedauerlichen Kind wurde dadurch der linke Oberschenkel gebrochen. Es mußte noch dem Krankenhaus gebracht werden. Angeblich soll der Wagenführer keine Schuld treffen, da der Kleine verknüpft hat, zwischen zwei sich kreuzenden Wagen hindurchzuspringen.

Aus der Umgebung.

Die Neuaufnahme der Getreide- und Mehlvorräte.

Am 9. Mai 1915 findet im ganzen Reiche eine Neuaufnahme der Vorräte an Getreide und Mehl statt. Die Aufnahme erstreckt sich auf die Landwirtschaftlichen und diejenigen Unternehmungen, die solche Vorräte aus Anlaß ihres Handels- oder Gewerbebetriebes in Gewahrsam haben. Zur Aufnahme der Vorräte und wahrheitsgemäßen Angabe sind die Betriebsinhaber oder deren Vertreter verpflichtet. Die Aufnahme soll folgende Getreide- und Mehlsorten erfassen, die sich in der Nacht vom 8. bis 9. Mai 1915 in Gewahrsam der zur Angabe Verpflichteten befinden haben: a) Weizen und Kernen (Spels, Dinkel), Roggen (allein oder mit anderer Frucht gemischt, auch ungedroschen); b) Gerste (Brau- und Futtergerste, ausschließl. Malz), Hafer, Mergelkorn aus Gerste und Hafer, Risfrucht, d. h. Gerste und Hafer mit Hüllenskrühen gemischt (alles auch ungedroschen); c) Weizenmehl, Roggenmehl, Hafermehl, Gerstenmehl (oder Gemische, in denen diese Mehle enthalten sind, einschließl. des zur menschlichen Ernährung dienenden Schrotens und Schrotmehls).

Bei Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe, deren Vorräte lediglich aus Mehl in einer Menge von weniger als 25 Kilogramm im ganzen bestehen, beschränkt sich die Anzeigepflicht auf die Versicherung, daß die Vorräte nicht größer sind. Die vorläufig oder fahrlässig nicht rechtzeitig oder wesentlich unrichtig oder unvollständig erstattete Angabe steht unter schweren Strafen; auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staat verfallen erklärt werden. Gibt ein Anzeigepflichtiger bei Erstattung der Angabe Vorräte an, die er bei früheren Vorrataufnahmen verschwiegen hat, so bleibt er von den durch das Verschweigen verurteilten Strafen und Nachteilen frei.

Rückzahlung von Kriegsausgaben an die Gemeinden.

Die Gemeinden erhalten demnach die ersten Rückzahlungen auf die von ihnen gezahlten Familienunterstützungen und Kriegs-

Wohlfahrtsausgaben. Auf Grund von Bestimmungen des Bundesrats werden die Beihilfen grundföhrlich unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden und der Höhe ihrer Aufwendungen für die Kriegswohlfahrtspflege bis zum Höchstbetrage von zwei Drittel erstattet. Nachdem die Gemeinden eine allgemeine Uebersicht über ihre Kriegswohlfahrtsausgaben im ersten Kriegsjahre eingereicht hatten, hat der preussische Minister des Innern in einem Erlaß festgelegt, welche Aufwendungen hierunter bei der Erstattung zu berücksichtigen sind. Es werde im allgemeinen nichts dagegen zu erinnern sein, daß unter die „sonstigen Arten der Kriegswohlfahrtspflege“ außer den Rietbeihilfen auch Ausgaben für die Kinderhorte und Kindererziehung, für die Wollschälen, Lieferung von Bekleidungsstoffen, Lebensmittel und Brennmaterialien und unter Umständen auch für Zahlung von Krankentafelbeiträgen und Kriegesversicherungsprämien für die Kriegsteilnehmer einbezogen werden. Nicht aber sollen solche Ausgaben der Gemeinden erstattet werden, die für Liebesgaben an das Heer und die Flotte, für Verwundetenpflege und Lazarettzwecke sowie für Hilfsbedürftige in Ostpreußen und Elsaß-Lothringen gewährt werden, ebensowenig Verwaltungskosten für Hilfspersonal. Ferner werden den Gemeinden nicht erstattet die Aufwendungen zugunsten der Familien der zum Seeresdienst eingezogenen Beamten, Angestellten, Bediensteten und Arbeiter.

**Gaußsch.** Bei genügender Beteiligung der hiesigen Hausfrauen werden demnächst im Alten Gaußsche Kriegsvorstande unentgeltlich abgehalten werden. Ein Kursus umfaßt drei Abende und zwölf Besuche; Kostproben werden an die Teilnehmerinnen kostenlos verabreicht. Der erste Kursus beginnt Montag, den 10. Mai, abends 7 Uhr. Anmeldungen sind bis Sonnabend, den 8. Mai, mittags 12 Uhr, auf dem Gemeindeamt, Zimmer Nr. 7, zu bewirken.

**Größtshöher-Blindor.** Arbeiterzählung. Die am 1. Mai erfolgte Arbeiterzählung ergab 1940 männliche und 80 weibliche, zusammen 2020 hierorts beschäftigte Arbeiter. Hierbei sind 153 Betriebsleiter und Angestellte mitinbegriffen. Im Jahre 1914 betrug die Zählung 2075 und im Jahre 1913 1973.

**Markranstädt.** Die Bekämpfung des Petroleummangels. Um der infolge des Krieges herrschenden Petroleumnot abzuhelfen, erbieten sich die Landkraftwerke, Alltagsgesellschaft in Kulkwitz, für alle bis zum 1. Oktober d. J. ersorderlichen Neuanlagen von Lichtanlagen elektrischen Strom auf die Dauer eines halben Jahres unentgeltlich zu liefern. Den neuen Stromabnehmern soll dadurch ermöglicht werden, die Kosten der Neuanlagen mit dem für die Beleuchtung ersparten Gelde zu bezahlen. Bedingung ist, daß die neuen Beleuchtungsanlagen an die vorhandenen Straßenleitungen angeschlossen werden können, ohne daß Erweiterungen der Hauptleitungen erforderlich werden. Weitere Auskünfte erteilt die Direktion der Landkraftwerke in Kulkwitz.

**Markranstädt.** Kartoffelverkauf. Der Stadtrat macht bekannt: Ein größeres Quantum Speisekartoffeln ist zum Preise von 6.40 Mk. pro Zentner abzugeben. Bestellungen umgehen erbeten.

**Müha.** Allgemeine Ortskrankenkasse Borna — West (Sitz Müha). In der am 30. April 1915 im Gaußhof Stadt Leipzig in Müha unter Leitung des Rechtsanwalts Dr. Schotte stattgefundenen ordentlichen Aufsichtssitzung der Kasse erstattete der Vorstand Bericht über das Geschäftsjahr 1914. Aus diesem ging hervor, daß die Kasse trotz der durch den Krieg allgemein entstandenen Schwierigkeiten nicht unglücklich abgelaufen hatte, so daß von der durch Reichsgesetz vom 4. August 1914 vorgesehenen Erhöhung der Beiträge auf 4%, vom Hundert, die für die Kasse eine Erhöhung von 50 Prozent bedeutet hätte, abgesehen werden konnte. Der Durchschnittsmittelgliederbestand betrug 1917 männliche und 725 weibliche. Die Aufwendungen der Kasse an ihre Mitglieder betragen: 1. für Versicherungsbeiträge 41 817.01 Mk., 2. für freiwillige 12 041.23 Mk. In Beiträgen wurden vereinnahmt: 1. von Arbeitgebern 22 185.49 Mk., 2. von Arbeitnehmern 43 780.45 Mk., und 3. von Versicherungsberechtigten 6404.94 Mk. In Verwaltungskosten wurden aufgewendet: 1. persönliche 6000.46 Mk., 2. sächliche 4505.06 Mk. Das Vermögen der Kasse wuchs um 7320.40 Mk. auf 33 770.08 Mk. Infolge Einberufung mehrerer Kassenbeamten machte sich die vorübergehende Anstellung von Ersatzkräften notwendig. Im übrigen wurde in der Aufsichtssitzung der Beitritt der Kasse zur Ruhegehaltskasse und eine dadurch bedingte Abänderung der Dienstordnung beschlossen. Die Abnahme und Ablichtung der Jahresrechnung wurde einer späteren Aufsichtssitzung vorbehalten.

**Windenthal.** Oeffentliche Impfung. Die diesjährigen unentgeltlichen Impfungen der Erstimpflinge finden Dienstag, den 11. Mai, und zwar für die mit den Anfangsbuchstaben A—K von nachmittags 4 Uhr an und für die mit den Anfangsbuchstaben L—Z von 1/5 Uhr an in der neuen Schule, Zimmer 1 und 4 statt.

**Mohelwitz.** Das hiesige Rittergut ist von der Siedlungsgesellschaft Sachsenland angekauft worden und soll in Renteinstück aufgeteilt werden. Es wird dies mit dem Bemerkten bekanntgemacht, daß den Beamten der Auseinanderziehungsbehörde, namentlich dem mit der Ausführung der dringlichen Vermessungsarbeiten beauftragten Landmesser nebst Begleitung das Betreten der betreffenden und der benachbarten Grundstücke zu gestatten ist.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Ueberrmäßig großer Mehlverbrauch und vereitelte Maßnahme durch die Bäcker.

Auf dem letzten Bezirkskongreß der Amtshauptmannschaft Zwickau gab der Amtshauptmann seinem Bedauern Ausdruck, daß die Bäcker den Bezirksverband im Stich gelassen hätten. Es habe sich herausgestellt, daß ein übermäßig großer Mehlverbrauch stattgefunden habe, obwohl nicht mehr Brotmarken, als vorgesehen, ausgegeben worden seien. Das könne nur daher rühren, daß die Bäcker nicht genügend Kartoffelmehl und Kartoffeln dem Mehl zusetzten. Es sei dies um so mehr zu beklagen, als dadurch der Verbrauch durch Kinderabgabe von Brotmarken an Besserdemittelte und Wegfall der Brotmarken für Kinder unter einem Jahr der schwer arbeitenden Bevölkerung mehr Brot zu verschaffen, vereitelt worden sei. Es würden aus diesem Grunde scharfe Maßnahmen gegen die Bäcker getroffen werden.

Ueber die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Bezirksverbands gab der Amtshauptmann bekannt, daß neben der reichsrechtlichen Unterstützung für die Frauen der Kriegsteilnehmer der Verband eine solche bis zu 50 Prozent über die erteilte hinaus gewährte. Bisher wurden 13 000 Unterstützungsbescheide erteilt. Der Bedarf betrug monatlich 300 000 Mk., wovon 80 000 Mk. auf den Bezirk für sich entfallen, während der Rest Auslagen für das Reich darstellt, die später zurückerstattet werden. Insgesamt wurden bisher 2 1/2 Millionen an Unterstützungen gewährt, die zum größten Teil durch Bezirkssteuern aufgebracht waren. Vom Landesausgleich für Kriegshilfe wurden dem Verband 20 000 Mk. zur Verfügung gestellt, um die ärmeren Gemeinden, die stark belastet sind und mit einem großen Steueranfall zu rechnen haben, zu unterstützen. Was die Getreide-, Mehl- und Kartoffelversorgung anlangt, so ist im Bezirk, der hierin Selbstverwaltung hat, mehr Getreide vorhanden, als gebraucht werden darf; er ist also ein Ueberschußbezirk, während bei Kartoffeln die Sache umgekehrt liegt.

### Sachsen aus russischer Gefangenschaft entlassen.

Auf Grund der zwischen der deutschen und der russischen Regierung getroffenen Verständigung ist eine Anzahl Deutscher aus der russischen Gefangenschaft entlassen worden. Um die Rückkehr der noch in Rußland befindlichen Zivilisangenen überwinden zu können, empfiehlt es sich, daß die freigelassenen sächsischen Staatsangehörigen ihren jetzigen Aufenthaltsort sowie den

letzten Ort der Gefangenschaft der öffentlichen Auskunftsstelle für Auswanderer in Dresden, Kanzleigäßchen 1, bald mitteilen.

### Bestrafte Ausgabe von Stiftungsbrotchen.

In der Zwickauer Marienkirche besteht das sogenannte v. Bofesche Semmelgestift. Der Stifter, ein Herr v. Bofe, hat vor alten Zeiten der Marienkirche eine Summe vermacht, von deren Zinsen jeden Sonntag an seinem in der Marienkirche befindlichen Grabe an bedürftige Zwickauer Einwohner für 1.50 Mk. Brotchen oder Semmeln verteilt werden sollten. Dies ist auch seit vielen Jahren geschehen. Die Brotchen oder Semmeln wurden vom Kirchner gekauft und unter die Bedürftigen verteilt. Gesteift wurden sie von einer hiesigen Wädereinhaberin. Die Stiftung wurde auch nach Einführung der Brotmarken den Anordnungen des Stifters gemäß ausgeführt und die Semmeln wurden von der Wädereinhaberin ohne Brotmarken an den Kirchner geliefert. Dies kam aber schließlich zur Kenntnis der Behörde und die Semmellieferantin wurde wegen Vergehens gegen die Bekanntmachung des Reichsanwalts vom 25. Januar d. J. unter Anklage gestellt. Ihr Einwand, daß sie geglaubt habe, die Semmeln dürften ohne Marken geliefert werden, da es sich um eine kirchliche Stiftung handle, nützte ihr nichts, sie wurde vom Schöffengericht Zwickau zu der gefällig niedrigsten Strafe von 3 Mk. verurteilt. Es dürfte weiter nichts übrig bleiben, als anstatt der Semmeln bares Geld an die Bedürftigen zu verteilen.

**Dresden.** In der letzten Aufsichtssitzung der Dresdener Ortskrankenkasse gab der Kassenvorsitzende Fräulein Dr. Schotte über das abgelaufene Geschäftsjahr. Der Geschäftsgang der Kasse sei im verflochtenen Jahr trotz des Krieges gut gewesen. Durch die Verminderung der Mitgliederzahl seien die Kassenzinsen in ihrer Tätigkeit vielfach beschränkt worden. Es fehlten vorübergehend 50 000 und jetzt rund 40 000 Mitglieder. Die Verträge sind deshalb gebeten worden, von ihren Honorarforderungen einen Nachlaß zu gewähren, ohne daß ihr Vertragsverhältnis zur Kasse beeinträchtigt wird. Der größte Teil ist der Kasse entgegengekommen. Während des Kriegsjahres ist ein Vertrag mit dem Rate zu Dresden wegen Gewährung ermäßigter Pflegekosten für die in die städtischen Krankenhäuser untergebrachten Kassenmitglieder nicht zustande gekommen. Die Kasse gewährt deshalb die Krankenhäuserpflege nur in den Fällen, wo sie unabweisbar ist, beschränkt sich im übrigen aber auf die Erstattung des sie nach den gesetzlichen Bestimmungen treffenden Anteils. Der Krankenstand Dresdens ist vergleichsweise der niedrigste bei den großen deutschen Krankenkassen. Die Wiedereinführung der hausgewerblichen Krankenversicherung ist im Gange. Der Aufsichtsvorstand beachte noch des 20jährigen verdienstvollen Wirkens Fräulein Dr. Schotte als Kassenvorsitzender. Die Rechnung schließt mit 6 300 725 Mk. Einnahme und 6 424 723 Mk. Ausgabe ab. Die Beiträge der Mitglieder belaufen sich auf 5 722 955 Mk. Die Krankenhäuserpflege und Geburtskosten durch approbierte Ärzte erforderte 983 970 Mk., die Behandlung durch Zahnärzte 105 200 Mk. Für Arzneien und Heilmittel aus Apotheken wurden 404 471 Mk. und für andre Arzneien und Heilmittel 277 740 Mk. ausgegeben. Für Krankentransporte wurden 830 057 Mk. und für Krankengeld 1 861 845 Mk. gezahlt. Das Wochen-, Schwangers- und Stillgeld erforderte 194 103 Mk., Sterbegelder wurden in Höhe von 90 480 Mk. gewährt. Hierzu kommen noch die Verwaltungskosten der Krankenversicherung in Höhe von 423 579 Mk. für persönliche und 178 901 Mk. für sächlichen Aufwand. Für den Bau des Verwaltungsgebäudes einschließlich des Einbaues der physikalischen Sektantast wurden 300 622 Mk. und für die Anschaffung von Mobilien und die Einrichtung der Zahnklinik 157 370 Mk. ausgegeben. Außerdem wurden noch für Verpflegung von verwundeten und Kranken Kriegsteilnehmern 80 988 Mk. gewährt. Das Vermögensverzeichnis weist 8 801 417 Mk. Aktiven und 4 110 308 Mk. Passiven auf, so daß sich das reine Vermögen der Kasse auf 4 691 019 Mk. beliefert. Der Vermögenszuwachs belief sich im vergangenen Jahre auf 538 173 Mk.

**Annaberg.** Die finanziellen Anforderungen an den städtischen Hilfsauschuß beziffern sich monatlich auf 6000 bis 10 000 Mk. Durch Zuwendungen von Mitgliedsbeiträgen in Einzelbeiträgen bis zu 12 Mk. monatlich werden 420 bedürftige Kriegersfamilien unterstützt. Weitere 2000 Mk. werden monatlich aufgewendet für anderweitige Selbstunterstützungen. Anträge hierzu wurden seit Anfang August 1914 über 700 gestellt. Die Naturalunterstützung wird etwa 550 Familien zugewendet. Die Anzahl der von der Hochschule monatlich ausgegebenen Portionen beträgt fast 6000, täglich über 200. Außerdem gelangen noch allwöchentlich rund 700 Brote im Einzelgewicht von zwei Pfund zur Verteilung. Für die Vermittlung von Arbeit an Arbeitslose ist ein Auschuß eingesetzt worden, der zweimal wöchentlich auf dem Rathause tagt.

**Borna bei Pirna.** Drei hiesige Gutsbesitzer wurden vom Dresdener Landgericht wegen Vergehens gegen eine Bundesratsverordnung zu je 300 Mk. Geldstrafe oder einem Monat Gefängnis verurteilt, weil sie am 1. Dezember v. J. bei der Vorratshebung von Getreide wissentlich unwahre Angaben machten, indem sie weniger Roggen und Hafer angaben, als in ihrem Besitze war.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Beim Spielen am Mühlgraben fiel in Niedererschlag bei Oberweisenthal das drei Jahre alte Söhnchen der Julie Stel ins Wasser und ertrank. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. — Durch hereinbrechendes Gestein wurde auf dem Soffnungsschacht in Luga der Bergarbeiter Hermann Wepel vererschlet. Der Unglückliche, der eine Frau und mehrere Kinder hinterläßt, konnte nur als Leiche geborgen werden. — Wegen Lebenshals von Feldpostkarte wurde von der Chemnitzer Kriminalpolizei ein 19 Jahre alter Gelehrter aus Lissa festgenommen, der in der letzten Zeit wiederholt solche Posten an sich genommen, geöffnet und ihres Inhalts beraubt hat. — Ein elfjähriger Schulfreund wurde auf einem Kinderpielplatz in Dresden von einem andern Knaben mit einem Kinderfabel in den Mund gestochen, wodurch eine so schwere Gaumenverletzung entstand, daß der Verletzte ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Der 20jährige Telegraphenarbeiter Rade aus Seyßch stürzte im Postgebäude in der Keilstraße in Dresden in den Lichtschacht hinab und blieb bewußtlos liegen. Er hatte einen Schädelbruch und mehrere Rippenbrüche erlitten. — Auf der Landstraße nach Ramenz wurde der 25 Jahre alte Kutscher der Brauerei Viehle, Wilhelm Ritzke, tot aufgefunden. Er befand sich auf dem Heimwege und ist vermutlich eingeschlagen. Dabei wird er vom Wagen gefallen und überfahren worden sein. — Am Sonntag früh nahm sich in Dypach der 88jährige Rentenermpfänger Lebercht Seifert das Leben. Er wurde erhängt aufgefunden. Was den trotz des hohen Alters rüstigen Mann in den Tod getrieben hat, konnte noch nicht ermittelt werden. — In Weierdorf ertrank in einem Brunnen im Ortsteil Zwenke das dreijährige Kind des Formers Matthes, der zurzeit im Felde steht. Vermutlich ist das Kind beim Spielen in den Brunnen gestürzt.

## Aus den Nachbargebieten.

### Die verpönten roten Schleifen.

Aus Schönebeck (Regb. Magdeburg) wird berichtet, daß dort auf dem Friedhof rote Schleifen jetzt nicht mehr getragen werden dürfen. Borige Woche wurde ein Genosse beerdigt. Als die Kranzträger den Friedhof betreten wollten, wurden sie aufgefordert, die Schleifen zu entfernen. Der aufsichtführende Polizeibeamte verweigerte die Auskunft darüber, wer dies Verbot erlassen hat. Zu bemerken ist, daß seit Jahren niemand an dem Tragen roter Schleifen gehindert wurde. Selbst bei Beerdigungen vom Trauerhand aus durften im Zuge die verpönten roten Schleifen getragen werden. Verärgert hat sich bis jetzt noch niemand dadurch

geföhrt. Das Verbot erreichte nicht nur unwillen bei den Leidtragenden, sondern auch bei dem Publikum.

**Erfurt.** Der Kreisrat des Landkreises Erfurt beschloß die Aufnahme eines weiteren Kriegsdarlehens bis zu 80 000 Mk. für Abwicklung der Geschäfte der Kriegsgetreide- und Futtermittelversorgung sowie im Interesse der Volksernährung.

**Reilgenstadt.** Als der Landwirt Ignaz Stig im nahe Westhausen mit einer Mangelwalze vom Felde heimkehren wollte, wurden plötzlich die Pferde scheu und gingen durch, wobei der in den sechziger Jahren stehende Mann von dem Geschirr eine lange Strecke weit mit fortgeschleppt wurde. Er wurde darauf zurichtet, daß er nach einigen Stunden verstarb.

**Magdeburg.** Auf dem Grabe seines Vaters erschloß sich hier auf dem Waldfriedhofe ein 15jähriger Obersekundaner aus Hildesheim. Wie es heißt, soll der Lebensmilde zum Revolver gegriffen haben, weil er freiwillig mit ins Feld wollte, mit Rücksicht auf seine Jugend aber auf Widerstand bei seinen Angehörigen gestoßen war.

**Magdeburg.** Die 72jährige wohnungslose Emilie Siebentopf hatte sich am Dienstag morgen auf dem Scheuneladeplatz am Gäßchen ein Feuer zur Erwärmung angemacht und sich danebengelegt. Ihre Kleider fing Feuer und die unglückliche erlitt schwere Brandwunden.

**Warnsdorf.** In der letzten Gemeindeversammlung leitete der Vorsitzende mit, daß auf das Ersuchen der Stadt beim Staate um Gewährung von Straßen-Notstandsbaub-Subventionen für die Scheffel-, Post-, Habsburg-, Bürger- und Paldenstraße im Kostenaufwande von 39 000 Kronen (ohne Kanalbauten) die Zusage der Bewilligung von 26 000 Kronen ganz unerwartet eingegangen sei. Um die Arbeitslosigkeit zu mindern, hat der Staat ferner für die Pflasterung einzelner Reichsstraßenstrecken mit Kleinpflaster den Betrag von 150 400 Kronen bewilligt. Dazu hat die Stadt 15 700 Kronen beizutragen.

**Warnsdorf.** Ein verwegener Raub wurde am hellen Tage auf offener Straße in der Nachbarstadt St. Georgental verübt. Der Privatier Johann Feldmüller aus Georgental wurde auf der Straße von einem jungen Burken überfallen und eines Betrags von 700 Kronen beraubt. Als Täter kommt der 15 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Johann Wunsch aus Schönborn bei Reichenberg in Betracht, der flüchtig geworden ist.

**Falkenau.** In Liberrau hat der dortige Knopfdreher Joseph Horner seinen Vater erschlagen. Horner war aufgebracht darüber, daß sein Vater nach mehrmaligen Trintgelagen vollständig betrunken nach Hause kam und das Unterhaltungsgeiß, das er für eine in der Familie lebende Schwägerin beim Steueramt in Falkenau abgeholt, vertrunken hatte, während die Familie zu Hause Not litt. In seiner Erregung ging der Sohn dem betrunkenen Vater vor das Haus entgegen und verfeigte ihm mit einer Hacke einen so fürchterlichen Dief auf den Kopf, daß der Mann sofort tot zusammenbrach.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Der Zechenverband lehnt eine Teuerungszulage ab.

Der rheinisch-westfälische Zechenverband hat sich nun endlich — nach reichlich vier Wochen und nachdem noch eine besondere Erinnerung notwendig geworden war, — bemüht geföhrt, den Bergarbeiterorganisationen auf ihre Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage zu antworten. Die Antwort ist, wie nach der bekannten Rede des Herrn Kirdorf zu erwarten war, eine glatte Ablehnung. Sie lautet:

Wegen der Gewährung einer Teuerungszulage sprechen nach den Versicherungen, die uns von den Zechenverwaltungen zugegangen sind, grundsätzliche Bedenken schwerwiegend. Die beantragte Zulage von 40 bis 60 Pfg. für die Schicht würde die Förderung etwa um 50 bis 75 Pfg. für die Tonne verteuern, bei der großen Ungleichheit in der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Bergbaugesellschaften unseres Bezirkes den meisten Zechen jede Verdienstmöglichkeit nehmen und vollends nicht zu tragen sein von solchen Beträgen, die schon jetzt mit Verlust arbeiten. Zum anderen wird auch eine gerechte und billige Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahme wegen der Verwickeltheit in der Höhe der verdienten Zulage und der Lebensmittelpreise für unmöglich gehalten und auch darauf hingewiesen, daß das Interesse, aus eigener Kraft für die Möglichkeit gleicher und erhöhter Lebenshaltung zu sorgen, individuell recht verschieden sei. Schließlich ist es eine bekannte Tatsache, daß derartige schematische Vorkerhöhungen leicht verfrachtet auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensunterhaltes wirken.

Die „grundsätzlichen Bedenken schwerwiegender Art“, die die Grubenbarone plötzlich entdeckt haben, muten eigentlich an, wenn man sich vergegenwärtigt, wie ungewohnte Kriegsgewinne die Unternehmer im Bergbau unbedenklich in die Tasche stecken. Die Bergarbeiterzeitung hat festgestellt, daß die meisten Zechen im letzten Quartal 1914 (also während des Krieges) pro Tonne Förderung einen höheren Ueberschuß hatten, als im gleichen Quartal 1913. Bei den meisten der Zechen betragen die Ueberschüsse pro Tonne über 2 Mark. Auch im 1. Quartal 1915 — noch bevor die starke Nichtpreiserhöhung in Kraft war — wurden sehr ansehnliche Gewinne gemacht. Trotzdem wurden vom 1. April ab die Syndikats-Mehlpreise um 1.25 bis 2.25 Mark pro Tonne, die Verkaufspreise des Syndikats-Rohlenkontors sogar bis zu 4 Mark erhöht, ohne daß den Grubenherren da irgendwelche Bedenken wegen der Verteuerung der Lebensmittel, der finanziellen Leistungsfähigkeit der Konsumenten usw. gekommen wären.

Im Gegensatz zu dem fortgesetzt steigenden Gewinn der Unternehmer sind die Durchschnittslöhne im Bergbau nicht nur nicht gestiegen, sondern tatsächlich noch herabgedrückt worden durch die ungewohnte Steigerung der Lebensmittelpreise. Wenn unter diesen Umständen die Bergarbeiter eine Zulage von 40 bis 60 Pfg. pro Schicht fordern, so ist das durchaus berechtigt. Selbst wenn es richtig wäre, daß dadurch eine Verteuerung der Förderung um 50 bis 75 Pfg. pro Tonne eintreten würde, brauchte das die jetzigen Kohlenpreise um keinen Pfennig erhöhen, wenn die Grubenherren auch nur auf einen bescheidenen Teil ihres riesigen Extraprozits zugunsten der mit schweren Opfern belasteten Mehrheit der Zechen wollten. Es bliebe ihnen dann noch immer ein ganz bedeutender Ertragverwinn.

Daß die Bergherren angehöht der erdrückenden Opfer, die gerade die Arbeiterklasse jetzt bringen muß, während sie selbst riesige Gewinne einstreichen, den Mut haben, die berechtigte Forderung der Organisationen abzulehnen und mit solchen Gründen anzuhaken, beweist, wie in verschiedenen Unternehmerkreisen der Dupermut der Arbeiter gewürdigt wird und wie angenehm sich in Zukunft das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gestalten wird. Die Bergarbeiterzeitung bemerkt, daß die Vorstände der Verbände mit dem ablehnenden Bescheid die Angelegenheit nicht als erledigt betrachten und die Schritte unternehmen werden, die notwendig sind.

### Teuerungszulagen.

Die Geschäftsstellen des Textilarbeiterverbandes in Barmen, Elberfeld und Ronsdorf und der bergische Bezirksverband des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter haben an den Unternehmerverband im bergischen Industriebezirk eine Eingabe gerichtet, in der sie an den Vorstand des Ertrages stellen, er möchte die gesamten ihm angeschlossenen Textilfirmen veranlassen:

1. ihren Arbeitern und Arbeiterinnen einen wöchentlichen Teuerungszuschlag von 3.50 Mk. zu gewähren, und
2. etwa noch bestehende Lohnkürzungen, die während der Dauer des Krieges vorgenommen wurden, rückgängig zu machen,

Verfälscht wird die Forderung durch den Hinweis auf die teuren Lebensmittel. Es wird in der Eingabe bemerkt, daß neben einer ansehnlichen Zahl von Unternehmern in Deutschland auch viele Städte die bestehende Steuerung durch Gewährung von Zulagen erkannt haben. Es wird ferner die Hoffnung ausgesprochen, daß der Unternehmerverband seinen Einfluß noch ganz besonders aufwenden möchte, damit die noch bestehenden Lohnherabsetzungen, die während der Dauer des Krieges in Textilbetrieben vorgenommen wurden, aufgehoben werden. Unter den bestehenden Verhältnissen seien solche Lohnherabsetzungen in keiner Weise zu rechtfertigen. Zum Schluß erklären sich die Vertreter der Arbeiter zu Verhandlungen bereit.

Auf Antrag von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion in Neuzölln beschäftigte sich der Ausschuss für die Regelung der Gehälter und Löhne der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter erneut mit der Frage einer Kriegsteuerungszulage. Beschlossen wurde nunmehr entsprechend einer Vorlage des Magistrats eine einmalige Kriegsteuerungszulage in Höhe von 25 M. Die Mitte Mai zur Auszahlung kommende Zulage wird an alle Beamten, Bediensteten und Arbeiter gezahlt, die seit einem Vierteljahr bei der Stadt beschäftigt sind und deren Einkommen 2200 M. nicht übersteigt. Die Zulage erhalten auch Arbeiter und Beamte, deren Einkommen mehr als 2200 bis 2700 M. beträgt, sofern sie zwei oder mehr Kinder unter 16 Jahren zu unterhalten haben. Unter gleichen Voraussetzungen soll Mitte Oktober eine nochmalige Zulage von 25 M. gewährt werden. — Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

## Bereine und Versammlungen.

### Gewerkschaftskartell Leipzig.

Die Monatsversammlung des Gewerkschaftskartells fand am 20. April statt. Aus dem vom Vorsitzenden erhaltenen Kartellbericht sei hervorgehoben, daß sich der Kartellverband fast in jeder Sitzung mit Unterstützungsfragen und hierauf bezüglichen Beschwerden zu befassen hatte. Dem neugebildeten Ausschuss zur Berufsberatung der Kriegsdienstlichen gehört auch ein Vertreter des Gewerkschaftskartells an. Ein von der Ortsverwaltung des Volksgewerksverbandes demnächst zu veranstaltender Bildungsvertrag: „Die Kriegs- und Kriegsteilnehmer und die Arbeiter“ soll weiteren Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder zugänglich gemacht werden. Der Verein für Arbeitsnachweis in Verbindung mit dem Ausschuss für Jugendfürsorge steht vor der Errichtung einer Berufsberatungsstelle für männliche und weibliche Schulentlassene; das Gewerkschaftskartell wird voraussichtlich auch in dieser Institution einen Vertreter erhalten. Der Kartellverband wählt an Stelle des zum Seeresdienst einberufenen Genossen Krawinkel den Genossen Kaumann in den Bildungsausschuss. Am 8. September d. J. kann das Leipziger Gewerkschaftskartell auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen bleibt es fraglich, ob man dieses Jahr ein Gewerkschaftsfest veranstalten wird. Die Volkshilfsvereine-Vereinerung erweist sich im Leipziger Bezirk trotz der schweren Zeiten einer regen Entwicklung und eines guten Versicherungsbestandes, obwohl im Leipziger Bezirk allein 450 Helfer zum Seeresdienst eingesetzt sind. Die sich an den Bericht anschließende Debatte förderte wesentlich neue Momente nicht an. —

Den zweiten Punkt der Tagesordnung: Unterstützungsfragen, behandelte Genosse Dantherr in eingehender Weise. In den hauptsächlich seit Kriegsausbruch im Leben getretenen oder doch erweiterten verschiedenen Unterstützungsrichtungen, staatlichen und gemeinnützigen, treten fortwährend Änderungen der Bestimmungen ein, fast allwöchentlich eine neue Verordnung; da sei es nicht leicht, stets auf dem Laufenden zu bleiben und auf allen Gebieten sozialer Hilfsfähigkeit Bescheid zu wissen. Manche berechtigten Ansprüche würden aus reiner Unkenntnis nicht geltend gemacht und es käme nicht genug darauf hingewiesen werden, wie notwendig es sei, in Zweifelsfällen sich Auskunft im Arbeitersekretariat zu holen. War mancher Not, manch banger Sorge könne gesteuert werden, wenn man bei Zeiten den Rat des Arbeitersekretariats in Anspruch nehme. Referent bespricht das Gesetz zur Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern, die Ausdehnung des Gesetzes auch auf uneheliche Kinder und Eltern von Militärpersonen, die von den zum Seeresdienst Eingezogenen überwiegend erhalten wurden. In den letzten Tagen sind neue Grundzüge für die Bewilligung veröffentlicht worden, wonach Engpässe bei Prüfung der Bedürftigkeitsfrage vermieden werden soll; der Kreis der anspruchsberechtigten Personen ist bedeutend erweitert worden. Leipzig zahlt für jedes vierte und weitere Kind jetzt entsprechende Unterstützung; der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig gewährt neuerdings Mietzuschüsse durch Vermittlung der Gemeindebehörden an Familien von Kriegsteilnehmern. Noch zu wenig bekannt sei die Aufwandsentschädigung an Eltern usw. von Söhnen, bei denen bereits mehrere Söhne zusammen eine Militärdienstzeit von sechs Jahren hinter sich haben. Eine bedeutende Erweiterung des Kreises der auf Wochenhilfe Anspruch habenden Personen ist nach der neuen Verordnung vom 24. April eingetreten; die Unterstützung ist jetzt auch ohne Antrag der Wöchnerin zu gewähren, Nachzahlung von Wöchnerinnen-Unterstützung für Entbindungen, die in die Zeit vom 1. August bis 2. Dezember 1914 fielen, ist jetzt zulässig, wenn auch in begrenztem Umfang. Das Gesetz über die Unterstützung der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern findet kurze Erwähnung; neben diesen Ansprüchen bleiben diejenigen auf die reichsrechtliche Invaliden- und Hinterbliebenenrente in vollem Umfang bestehen, auch Kriegsdienstwunden kommen bei der Anwartschaft und Berechnung der Hinterbliebenenrente in Anrechnung, Ansprüche auf Waisenaussteuer kann die Witwe auch jetzt noch erwerben. Sodann

behandelt der Vortragende das Mannschafts-Versorgungs-gesetz und die Verträge auf Grund dieses Gesetzes. Der Rechtsvers zur Erlangung der Rente ist sehr reformbedürftig. Das in Leipzig bestehende Meiteinsamungsausschuss trägt sehr humanen Charakter und ist für die Parteien Erleichterungsweg vorgeschrieben. Zum Schluß findet auch die Kriegsteilnehmer in Leipzig anerkennde Erwähnung; auch hier wären eventuelle Gehaltssätze an das Arbeitersekretariat zu verweisen.

In den Vorträgen schloß sich eine lebhafte Debatte, in der namentlich der Versicherung Ausdruck verliehen wurde, daß den Kriegsteilnehmern die für Kriegsdienstbeschädigungen ausgeworfene Rente derart gekürzt werden könnte, wie es von Seiten der Berufs-genossenschaften bei den Unfallverletzten geschieht. Verschiedene Personen halten allerdings eine solche Praxis der Rentenabsetzung für ausgeschlossen, denn die Rentenabsetzung an Kriegsteilnehmer solle nur ein Akt der Dankbarkeit des Vaterlandes sein für die Dienste, die der Verletzte oder Verwundete dem Reich geleistet hat. Ein anderer Debattierender führte aus, daß vorzugsweise ein ziemlich großer Teil unserer am Kriege teilnehmenden Genossen nach dem Kriege nicht mehr im Vollbesitz normaler Arbeitskräfte sein werde; zur Aufrechterhaltung bestehender Arbeitsbedingungen und tariflicher Bestimmungen sei es sehr wichtig, daß die Gewerkschaften ein wachsames Auge haben, damit verhindert werde, daß die verletzten Kriegsteilnehmer als Vordränger verwendet werden, wenn sie wieder in ihren Beruf zurückkehren. Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß es zur Sicherung der Ansprüche auf Krankengeld für Kriegsteilnehmer wichtig und notwendig sei, daß sich die betreffenden Kriegsteilnehmer jeweils eine Bescheinigung über die Dauer der Krankheit entweder vom Arzt, vom Lazarett oder dem Truppendienst ausstellen lassen. Leider verweigere die Leipziger Ortskrankenkasse noch immer die Gewährung von Krankengeld an Kriegsteilnehmer; daher sei dieser Hinweis an Plage.

### Die Gläser

Der Jahrestelle Leipzig hielten am 30. April ihre vierteljährliche Generalversammlung im Volkshaus ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende bekannt, daß der Krieg wiederum drei brave Kollegen gefordert hat: Reinhold Schlichter, Rudolf Olberg, Paul Böhm. Kollege Bruno Schulze ist am Orte plötzlich verstorben. Die Versammlung ehrte dieselben durch Erheben von den Plätzen. Kollege Leipzig sprach dann in sachlicher und klarer Weise über die Unterstützungsrichtungen während des Krieges. Er forderte die Kriegsteilnehmerfrauen auf, von diesen Unterstützungsrichtungen Gebrauch zu machen; bei Unklarheiten sei der Vorstand der Gewerkschaft sowie das Arbeitersekretariat bereit, Auskunft zu erteilen. Aufgenommen wurden neun Kollegen als Mitglieder in den Verband. Der Verbandskassierer, Kollege Polat, gibt den Bericht der Verbandskasse. Die Einnahmen betragen 8881,03 M., die Ausgaben 7944,92 M., bleibt ein Kassendefizit von 946,11 M. Der Mitgliedsbestand am Schluß des ersten Quartals betrug 307 Kollegen. Zum Seeresdienst sind 224 Kollegen eingezogen. Der Kassierer, Kollege Rehnardt, gibt den Bericht der Kassierkasse. Die Einnahmen betragen 1050,20 M., die Ausgaben 5279,40 M., es ist also eine Reizausgabe von 3329,20 M. zu verzeichnen. Die Kassierer berichten, Bücher, Belege und Gelder in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Beiden Kassierern wird einstimmig Entlastung erteilt. Unter Gewerkschaftsmitgliedern kommt der in der letzten Versammlung zur Diskussion gestellte Fall Winkler zur Diskussion; am Schluß derselben läßt der Vorsitzende mit Stimmzetteln abstimmen. Das Resultat war für Winkler günstig, er bleibt auf seinem Posten. Anwesend zusammen 260 Frauen und Kollegen.

## Gerichtssaal.

### Landgericht.

Eine junge russische Landarbeiterin wurde zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie sich zweimal ohne Erlaubnis von ihrem Wohnort Delmschütz entfernt hatte, um mit ihrem Vorkameraden in Schladitz bei Mägeln wegen ihres Kontrahats zu sprechen. Sie beklagte sich darüber, daß sie niemals pünktlich ihren Lohn bekam. Eine Erlaubnisbescheinigung sei ihr verweigert worden.

**Mehlschmuggel.** Der Viehhändler Ernst Grundmann war angeklagt, am 27. Januar vorzüglich mehrere wegen der Maul- und Klauenseuche geschlossene Orte mit einer Kalbe passiert zu haben, um sie nach dem Bahnhof Oschag treiben zu lassen. Ferner soll G. es unterlassen haben, zwei Kalben als Beobachtungsvieh anzumelden, wodurch es ermöglicht wurde, daß diese Tiere ohne jede Sicherungsmahnahme bis Leipzig gebracht wurden. G. wurde zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

**Vergehen gegen das Viehbeschlagnahmegesetz.** Der Wäckermeister Emil Fröhlich in Regis hatte seinem Bruder, dem Wäckermeister Max Fröhlich in Greifenhain, ein paar Ede Weizenmehl geborgt, um diesem anzuhelfen. Da aber das Mehl für den Kommunalverband beschlagnahmt war, so hatten sich beide eines Vergehens gegen die Bundesratsverordnung schuldig gemacht. Sie wurden deshalb zu je fünf Mark Geldstrafe verurteilt.

### Schöffengericht.

Eine härmliche Entlassung. Der Geschäftsführer D., dem die Bewirtschaftung des Waldmeisters in Böhmisch-Chrenberg von den Besitzern, einer Gesellschaft, übertragen war, sollte eines Tags von zwei Zeithabern und einem hinzugezogenen Rechtsanwalt aus seiner Stellung entfernt werden, da man ihn im Verdacht von Unredlichkeiten hatte. Als die Herren den Geschäftsführer aufforderten, ihnen das Kontor zu öffnen, die Schlüssel und Bücher zu über-

geben, wehrte er sich dessen, weshalb sich der Rechtsanwalt und einer der Herren zur Polizei begaben, während der dritte, Kaufmann Springer, gewissermaßen als Wache zurückblieb. Zwischen ihm und dem Geschäftsführer ist es dann zu Händeln gekommen, wobei Sp. mit seinem Stod in Tätigkeit trat und dabei auch den Geschäftsführer getroffen hat. Wegen gefährlicher Körperverletzung wurde Sp. zu 25 M. Geldstrafe verurteilt.

### Kaufmännegericht.

Angestellte sind dem Unternehmer zur Treue verpflichtet. Beim Buchhändler Heinrich Seidel, Bergstraße 13, war die Kontoristin M. aus Schladitz am 10. April fristlos entlassen worden. Sie klagte deshalb auf Zahlung von 120 M. Gehalt und Anstellung eines Zeugnisses. Seidel gab an, einen wichtigen Grund zur Entlassung gehabt zu haben, denn die Kontoristin hätte kein Gehalt in ein schlechtes Licht gestellt. Die Hauswirtin Seidels verbotene unter ihrem Eid, daß die Kontoristin, da sie wusste, daß Seidel noch rückständige Miete zu zahlen hatte, ihr mitgeteilt hätte, daß vier Wechsel fällig wären, die nicht eingelöst werden könnten. Wenn die Wechsel zum Protest gingen, müßte Seidel Pleite machen. Sie sollte deshalb gehen, daß sie ihr Geld bekomme. Nach der Beratung empfahl das Gericht der Klägerin, ihre Klage zurückzuziehen, da sie sonst abgewiesen werden müßte, denn eine Angestellte sei ihrem Prinzipal zur Treue verpflichtet. Die Kontoristin zog auch ihre Klage zurück, erhielt aber 34 M. Gehalt bis zum Tage der Entlassung.

### Briefkasten der Redaktion.

M. v. Mäcken. Das steht ganz im freien Ermessen der Militärbehörde. Ein Anspruch auf Beschäftigung in einer Feldbäckerei besteht nicht.

N. F. Parteigenosse. Gewiß, Sie müssen sich mit zur Stammrolle melden und zwar bis spätestens 5. Mai. Ihre Zusage ist erst heute in unsern Besitz gekommen.

M. N. Es geht Ihnen, wie hundert andern. Nach dem Steuerzettel ist diesmal gar mancher Dissident mit zur Kirchensteuer veranlagt worden. Das ist uns sogar selber passiert, obwohl wir 20 Jahre lang keinen Pfennig Kirchensteuer mehr bezahlt haben. Das Verfahren des Steueramtes ist natürlich unzulässig und beruht auf der Unkenntnis der beim Abschreiben der Steuerzettel tätig gewesenenen Hilfsarbeiter. Es empfiehlt sich, schon jetzt an der betr. Jahrestelle die Streichung der Kirchensteuer zu verlangen. Sie haben Anspruch auf die Kreisunterstützung.

M. B. Sie dürften in jetziger Zeit vielleicht schneller angenommen werden als Ihnen lieb ist. Meldung beim Bezirkskommando.

M. P. 1. Ja; das bezog sich aber auf angrenzende preussische Landestelle. 2. Ja. 3. Ja. 4. Nein; es bedarf dazu keiner Gesetzesänderung, denn alle Deutschen vom 17. bis 45. Jahre sind wehrpflichtig.

M. N. Woher sollen wir denn das wissen, weshalb sich Ihr Eintrag in den Paß so verzögert? Sie können jederzeit von neuem zur Untersuchung beordert werden. Zu dem von Ihnen beabsichtigten Geschäftskauf können wir gar nichts sagen, also weder zu- noch abraten, fernermaßen wir von solchen Dingen nichts verstehen.

### Auskunft in Rechtsfragen.

M. G. Unterstützungsfrage 20. Wenden Sie sich beschwerdefreiend an das Landratsamt zu Merseburg.

M. A. G. Nr. 100. Ja, wenn die Straftat nicht vor die Militärdienstzeit fiel.

M. P. 22. Das kommt auf das Bedürfnis an. Um diese Frage beurteilen zu können, müssen wir wissen, wie hoch der Arbeitsverdienst ist und ob die Frau Vermögen oder sonstige Einkommen noch hat.

M. B. 1. Ist nicht pfändbar. 2. Nein.

# Eckstein's

## No 5

### Trustfrei

beste 2 1/2 Pfg. Zigarette

A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

# Billige Sonder-Angebote

in Damen- u. Kinder-Konfektion und Waschstoffen aller Art

👉 **Beginn: Freitag, den 7. Mai 1915** 👈

Wir unterlassen es, einzelne Preise zu nennen.

Unsere Schaufenster sagen Ihnen alles.

Diese günstige Einkaufsgelegenheit kann in der jetzigen teuren Zeit nicht hoch genug eingeschätzt werden.

# Kaufhaus Gebr. Held Lindenau

Ecke Merseburger und Demmeringstrasse.

## Die ersten Luftballonfahrten.

III.

Die Erfindung der Herren Montgolfier beschäftigte sich der lebhaftesten Einbildungskraft ihrer Landsleute in einem so hohen Grade, daß sie beinahe alle andern Gegenstände der öffentlichen Aufmerksamkeit verdrängte. Die neuerfindende Kunst, die Luft schiffbar zu machen, und die neuen Versuche, welche unauflöslich von allen Zeiten angeblüht wurden und wozu man sich des Vertriebs der Viehhäber durch Unterzeichnungen zu verführen suchte, waren der Gegenstand aller Gespräche; und während die Naturforscher sich ein ernüchtertes Gesicht daraus machten, die Aeronaute zu einer immer größeren Vollkommenheit zu erheben, diente sie den müßigen und begüterten Klassen zu einer Art von Zeitvertreib, der außer dem Reiz des Neuen und Wunderbaren noch den besondern Vorzug hatte, daß er manchem dunkeln Erdensohn eine unverhoffte und vielleicht einzige Gelegenheit gab, die Welt mit seinem Namen und Namen bekanntzumachen, und entweder seine Kenntnisse oder doch wenigstens den heroischen Mut, womit er sein Leben an diese kleine Befriedigung seiner Eitelkeit setzte, vor den Augen seiner Nation zur Schau auszustellen. . . .

Der auch in Deutschland durch seine diebstahls des Rheins angelegten einträglichen Luftfahrten berühmt gewordene empirische Mechaniker Blanchard, der mit einem erfindungsreichen Genie eine unermüdbare Hartnäckigkeit in Verfolgung und Ausföhrung seiner Ideen verband, hatte mehrere Jahre vor der Erscheinung des ersten Verstaub viel Zeit, Mühe und Kosten auf Erfindung einer Art mechanischer Flügel gewandt, womit er wie ein neuer Dädalus oder Prometheus sich in die Luft erheben und dieses unsterbliche Element nach beliebiger Richtung durchschneiden wollte. Er machte seinen ersten Versuch am 2. März 1781. Das Experiment sollte eben eine Viertelstunde nach Mittag im Marsfeld vor den Augen einer unendlichen Menge vor sich gehen, als ein ungarischer Herr, der sich in die Gondel, welche nur für Herrn Blanchard und einen zu dieser Luftreise bestimmten gelehrten Melanosen Mann hatte, gesprungen kam und ungeachtet des Unwillems und Auffschreis, den er gegen sich erregte, mit der äußersten Hartnäckigkeit darauf bestand, die Weise mitzumachen. Unglücklicherweise gingen unter dem Versuch, welches durch diese lastbare Szene erregt wurde, die künstlichen Flügel in Stücke, die einen wesentlichen Teil der Mittel ausmachten, wodurch Herr Blanchard seinen Lauf in der Luft abbrechen zu geben gedachte, und es blieb ihm nur noch das Steuerrohr übrig, welches zu diesem Zwecke nicht hinlänglich war. Nun erhob sich zwar Herr Blanchard dessemungeachtet, um die Erwartung des Publikums nicht ganz zu täuschen, mit der ihm eigenen Unerschrockenheit allein in die Luft; da er aber geräthet war, sich der Gewalt der Luftströme oder Quwinde, in die er geriet, zu überlassen, so mußte er für diesmal aufgeben sein, sich neuen fünf Viertelstunden in der Atmosphäre zu erhalten, und wenigstens die Erfahrung, wie er glaubte, gemacht zu haben, daß er auch ohne seine Flügel, durch den bloßen Gebrauch seines Steuerrohrs nicht nur die Gewalt der Luftströme zu mäßigen, sondern ihnen sogar, wie einige Zuschauer bemerkt haben wollen, zuweilen entgegenzusetzen vermögend gewesen sei, was von seinen Vorgängern noch keinem gelungen war.

Nachdem sich Herr Blanchard wieder ein paar stüchtige Flügel angefertigt hatte, unternahm er mit dem nämlichen Luftballon am 29. Mai, abends um 7 Uhr, von Rouen aus seine zweite Luftreise. Es fehlte ihm nicht an Zuschauern, aber niemand wollte bemerken, daß er die Bewegungen, die er angeordnet hatte, wirklich gemacht, oder eine andre Richtung als die, wozu ihn der Wind nötigte, gehalten habe. Indessen fehlte es dem Luftschiffer nicht an Ausreden: denn diesmal waren zwar die Flügel gut, die Winde hingegen so brutal und das Steuerrohr aus Eiserfertigkeit so schlecht gemacht, daß es 15 Minuten nach dem Aufsteigen schon zerbrochen war. Herr Blanchard begnügte sich also abermals, zu zeigen, daß er mit Hilfe seiner Flügel nach Gefallen auf- und niedersteigen könne.

Selbst wenig mit diesem Versuch zufrieden, machte er am 18. Juli in Gesellschaft eines Herrn Boby eine dritte Luftreise, welche er in einem an den Redakteur des Journal de Paris eingeschieden Bericht mit vieler Aufreihtheit mit sich selbst ausführlich beschreibt. Das Auffallendste dabei ist die Kaltblütigkeit und Gelassenheit, womit er in einem Elemente, dessen Uebermacht er aller seiner Kühnheit ungeachtet auch bei dieser Gelegenheit zu erkennen genöthigt war, ebenso gelassen und sorglos arbeitete als nur immer ein selbstiger Schiffer auf einem wohlbekanntem Meere. Er verließ, auch auf dieser Reise nicht ohne Erfolg mit den Winden gekämpft zu haben, und durch die bloße Art, wie er seine vier Flügel drehte und in Bewegung setzte, nach Belieben auf- und nieder steigen zu sein. Da er indessen doch selbst gesteht, daß er eine willkürlich genommene Richtung nur so lange habe halten können, als der Wind es ihm gestattete, und da er uns ohne Zweifel sein Geheimnis darans gemacht hätte, wenn die Ebene von Versailles, wo er fünfzehn Meilen von Rouen (dem Ort der Abfahrt) wieder ans Land stieg, das Ziel gewesen wäre, nach welchem er gleich ansand seinen Lauf abgekehrt hätte: so scheint die Aeronaute auch durch diese dritte Reise des Herrn Blanchard keinen merklichen Schritt vorwärts getan zu haben. . . .

Seine vierte Reise beschloß Blanchard, zur Verlastung der Engländer auf englischem Boden zu unternehmen. Sie ging auch am 18. Oktober, 10 Minuten nach Mittag, von Chelsea aus glücklich vonstatten. Herr Blanchard stieg in Gesellschaft eines Herrn Schelton auf, setzte seinen Gefährten um 1/2 Uhr zu Sunburn, vierzehn englische Meilen von London, wieder ab, erhob sich dann von neuem allein und kam, nachdem er über drei Stunden in der Luft und einen ziemlich Teil dieser Zeit bald auf, bald über den Wolken herumgewirbelt hatte, um 1/2 Uhr zu Marnes, 78 englische Meilen von London, wohlbehalten wieder auf festen Boden. Die Beschreibung, die er von dieser Luftfahrt machte, läßt sich in der ihm eigenen breiten Manier ganz angenehm lesen, beweist aber zugleich, daß er, seiner Flügel, seines Steuerrohrs und seines Windrads ungeachtet, sich noch nicht rühmen konnte, das widerstandsfähige Element, das ihm schon seit einigen Jahren so viel Streiche gespielt, zu Paaren getrieben zu haben. Doch diesem hohen Gebahren sah er um diese Zeit entlag und dafür die klügere Partei ergreifen zu haben, sich aus seinem Talent, die aerostatische Maschine mit Hilfe seiner Vorrichtungen und eines gestützten Windes zu handhaben, eine Art von Geschäft zu machen, das ihm neben einer gewissen momentanen Celebrität eine sehr angenehme Existenz und beträchtliche Einkünfte verschaffen könnte. Gewiß ist, daß von allen Luftfahrern dieser Zeit keiner sich die Vorteile, die ein unternehmerischer Kopf von gewissen ziemlich allgemeinen unschuldigen Schwächen der menschlichen Natur ziehen kann, besser zunutze zu machen wußte als Herr Blanchard. Daher war ihm denn auch so viel daran gelegen, der erste zu sein, der das lächerliche Abenteuer gemacht, durch die Luft über den Kanal La Manche zu gehen und seinem entscheidungsvollen Nebenbuhler um diese Ehre, dem Herrn Pilatre de Rozier, es koste, was es wolle, zuvorzukommen. Mit Recht sagt Admira Salomon oder der Weise Mann, der sich den Namen dieses berühmten Sultans ungeliebt hat: „Es liegt alles an der Zeit und am Glück.“ Herr Pilatre hatte schon seit geraumer Zeit zu Boulogne Anstalten gemacht, in einer Montgolfiere nach England überzufliegen: aber ohne seine Schuld warf sich ihm ein Hindernis nach dem andern in den Weg; und so mußte er den Schmerz erleben, daß ihm ein kleiner Empiriker den ewigen Ruhm, der erste, der diese große Abenteuer bestanden, gewesen zu sein, vor dem Munde bewahnte. Genug, Herr Blanchard brachte es am 7. Januar 1785

glücklich zustande und flog mit seinem Luftschiffe mit glänzendem Schein binnen zwei Stunden 45 Minuten von Dover nach Calais; seiner Sache so gewiß und wohlgenut, als ob er von Paris nach Fontainebleau geflogen wäre. Auch hatte er, als er das vermeinte große Wandbild unternahm, den guten Verstand, einzusehen, daß es im Grunde für ihn ziemlich einleuchtend sei, ob Wasser oder festes Land unter ihm liege, d. h. ob er im unglücklichen Falle extrinse oder perichmetrisch werde. Aber in den Augen der unendlichen Menge von Zuschauern, die dieses nie gesehene Wunder aus England und Frankreich herbeigezogen hatte und welche die Sache bloß nach dem sinnlichen Eindruck, den sie dabei empfanden, beurteilten, war der Unterschied sehr groß. Daher die unglückliche Schwärmerie, womit dieser heroischen Tat diebstahls und jenseits des Kanals zugehört wurde, der Triumph, womit die Bürgerlichkeit von Calais den glücklichen Abenteuer einholte und das Patent des Bürgerrechts dieser berühmten Stadt, das ihm, nach einem prächtigen Gastmahl auf dem Rathaus, von dem Bürgermeister in einer goldenen Wulst überreicht wurde.

Alles das mußte der unglückliche Pilatre de Rozier mit ansehen, ohne daß ihm etwas andres übrig blieb, als dem Publikum mittels eines von Leben angelegenen und des Gemeinens kundigen Personen zu Boulogne unterrichteten Mittels zu beweisen, daß die Schuld, warum ihm Herr Blanchard vorgezogen, nicht an ihm, sondern an Nebel, Regen, Schnee, Stürmen und hauptsächlich an dem Wind gelegen, welcher eben darum, weil er Herrn Blanchards Fahrt von Dover nach Calais glückig gewesen, es dem Herrn Pilatre unmöglich gemacht habe, von Boulogne nach Dover zu reisen.

In der Tat ist es Bemerkenswürdig, mit welchem leidenschaftlichen, hartnäckigen Eifer dieser schwärmerische junge Mann die unauflöslich unter seinen Tritten hervordringenden Hindernisse bekämpfte, durch welche sein guter Genius das unglückliche Schicksal, dem er unwillig entgegensteht, zu entfernen suchte. Schon am 27. Januar 1785 sollte endlich die schon so lange angekündigte Unternehmung vor sich gehen, zu deren Aussehen ganz Boulogne mit Fremden angefüllt war. Sie konnte an diesem Tage nicht stattfinden. Man setzte sie auf den 30. an, und sie wurde abermals zu Wasser. Aber Pilatre de Rozier ließ sich weder abführen noch erwidern; und in der Tat war die Sache zu weit gekommen, als daß er sie mit Eisertheit oder Ehre hätte aufgeben können. Die Monate Februar und März gingen darüber hin, und nachdem auch ein fünfter Versuch, zu welchem am 12. März alle Anstalten gemacht waren, durch den Nordwind vereitelt worden, verzog sich die Sache bis zum 14. Juni, da Herr Pilatre sich abermals entschloß, seinen Ballon füllen zu lassen, um mit Andrusch des folgenden Tages abzufahren. Die Jurisconsulten nahmen aber mehr Zeit, was als er sich vorbereitete; es fand sich, daß der Ballon einige Löcher bekommen hatte, welche zugepflegt werden mußten; es fehlte bald an diesem, bald an jenem, und am 15. vormittags um 10 Uhr, war der Ballon erst zum dritten Teil gefüllt. Der Wind änderte sich inzwischen und wurde nicht eher als bis in der Nacht günstig. Nun ließ Herr Pilatre den Ball vollständig füllen, und nachdem er sich, da der Wind am 16. morgens um 4 Uhr, abermals umaufgeben drohte, durch drei kleine Luftlöcher, die er nach und nach als Wegweiser stechen ließ, des günstigen Moments endlich versichert zu haben glaubte, betrat er um 7 Uhr mit einem jungen Kunstverwandten namens Romain die Galerie der Montgolfiere, und die Maschine erhob sich nach und nach bis zu einer Höhe von ungefähr 200 Fuß. Freude und Sicherheit, laut der Herr Romain de la Maisonfort, ein Augenzeuge und Freund des Herrn Pilatre, malte sich auf dem Gesicht der beiden Luftfahrer, während eine Art dicker Lurche und eine Art von dumpfem Stöhnen die sämtlichen Zuschauer erschauern zu haben und für die Sicherheit des Schauspiels gefühllos zu machen schien. In der vorbezeichneten Höhe schien ein Südwind die Maschine zu treiben, und sie befand sich in kurzem über dem Meere. Jetzt wurde bei drei Minuten lang von verschiedenen Luftströmen hin und her bewegt, bis endlich der Südwind die Oberhand behielt und die Montgolfiere nach der französischen Küste zurücktrieb. Was die Zuschauer nunmehr von dem unglücklichen Ausgange wahrnehmen konnten, wird in einem Briefe aus Boulogne von einem Augenzeugen folgendermaßen erzählt: „Nachdem der Ballon sehr hoch geflogen war, sank er wieder langsam und nach und nach 3 bis 4 Minuten lang, ungefähr bis zum vierten Teil seiner Höhe herab; darauf sah man ein wenig Rauch und fast im nämlichen Augenblick eine sehr helle Flamme am obersten Teile der Calotte des Ballons, der die Gestalt eines sich öffnenden Trichters bekam. Dieses Feuer dauerte höchstens 15 Sekunden, und nun fiel die Montgolfiere und die Galerie anfangs ziemlich langsam, aber in wenig Augenblicken mit der größten Schnelligkeit. Die beiden unglücklichen Hitzigen mit der Galerie aus einer Höhe von mehr als 1000 Fuß zur Erde und wurden aufs gräßlichste zerstückelt gefunden. Pilatre de Rozier blieb auf der Stelle tot, Romain gab noch einige schwache Lebenszeichen, aber ohne reden zu können, und verschied nach zehn Minuten.“

## Flucht aus russischer Gefangenschaft.

Krankenarzt Dr. Karl Rastow, der aus dem nördlichen Kriegsschauplatz in russische Gefangenschaft geraten war und aus seinem Internierungsort Nikolai in Sibirien nach China flüchtete, von wo er in Wien eingetroffen ist, gibt in der Neuen Freien Presse eine Darstellung seiner Flucht. Dr. Rastow ist ein Sohn des verstorbenen hervorragenden Wiener Gelehrten, Kinderarztes und beliebtesten Vorkämpfers der Abstinenzbewegung, Professors Rastow. Er erzählt:

„Ich war bei meinem Regiment in Rußland und Galizien tätig. Am 27. August kam ich beim Rücktransport von Verbundenen in die von dem Feind besetzte Stadt Kamionka und wurde dort gefangen genommen. Sechs Wochen war ich bei einem russischen Feldspital eingekerkert. Meine auf die Genfer Konvention gestützten Gesuche um Rücktransport nach Oesterreich wurden nicht berücksichtigt, dagegen wurde ich nach Ablauf der sechs Wochen über Lemberg nach Kiew gebracht. In Lemberg lernte ich den gleich mir gefangenen Gemeindevater von Tansawa, Dr. Leo Edelberg, kennen, und wir schlossen uns enger aneinander. In Kiew wurde uns angeschlossen, daß wir freigelassen werden sollten, doch wurde dieses Versprechen nicht gehalten, und wir mußten die Reise nach Sibirien antreten, die vier Wochen dauerte, während welcher Zeit wir fast ununterbrochen mit einem größeren Gefangenentransport auf der Bahn in Wagen vierter Klasse befördert wurden, bis wir in Nikolai-Ussurijsk, etwa 100 Werst von Wladivostok entfernt, in einer Kaserne untergebracht wurden. Dort waren wir etwa dreißig Kerle, die, mit Ausnahme von einigen wenigen, die zum Dienst bei den eigenen Gefangenen herangezogen wurden, beschäftigungslos fünf lange Wochen verbrachten.“

Da diese Anzeichen waren, daß sich unsere Situation ändern würde, haben Dr. Edelberg und ich beschlossen, den und seit Lemberg fortwährend beschäftigten Fluchtplan in Szene zu setzen. Nicht so sehr die Verhandlung, die wir in der Gefangenschaft erlaubten, als vielmehr die Beschäftigungslosigkeit war die Triebfeder zur Verwirklichung unserer Absichten.

Wir hatten über in unserer Kaserne den Besuch chinesischer Hausierer und konnten in den Gesprächen mit ihnen alles das in Erfahrung bringen, was wir zur Flucht benötigten. So verschafften wir uns alte chinesische Kleider wie sie die Bauern tragen. Der Plan ging zuerst dahin, mit Hilfe von zwei Chinesen, die ein eigenartiges Gemisch von Deutsch und Chinesisch, die sogenannte „Tsing-taner chinesische Sprache“, zu sprechen verstanden, an die mandshu-

rische Grenze bringen zu lassen. Da aber, vier Tage vor unserm Ausbruch, ein Fluchtversuch zweier deutscher Offiziere unter chinesischer Führung mißlungen war, ließen sich unsere chinesischen Vertrauensmänner nicht mehr blicken.

So beschloßen wir auf eigene Faust, das Wagnis zu unternehmen. Dr. Edelberg hatte seinen Plan ausgearbeitet und mit den wenigen verfügbaren Helfern eine Landkarte gezeichnet, dann rüsteten wir uns mit falschen Pässen aus, rüsteten uns die Wärie, damit wir halbwegs wie Chinesen aussehen, und gingen los. An jenem Tag, einen Sprituskocher mit anderthalb Liter Spiritus, Schlafsäcke, Zeltblätter und Decken. Waffen hatten wir nicht, trotzdem, wie wir später erfahren, in dem zu durchquerenden Gebiet nicht nur die bewaffneten Kamajonhorden, sondern auch Wölfe und Amurtiger hausten. Zum Glück sind wir ihnen nicht begegnet.

Somit Dr. Edelberg als ich sind gelbte Klapinisten und Touristen und daher den Marschstrapsen gewachsen gewesen. Wir konnten übrigens bei Tage nicht gehen, um nicht angegriffen zu werden, wir versteckten uns also in dem hohen Schilfrohr, mit dem die etwa 60 Kilometer große Fläche zwischen Nikolai und dem Gebirge reichlich bewachsen ist, und marschierten bei Nacht darauf los. Vor der Grenze haben wir die Bekanntschaft mit einem Chinesen gemacht, der uns in seine Kassa führte, wo wir uns mit russischen Broden und mittels einer Gebärdensprache ihm anvertrauten. Die Leute zeigten sich uns sehr gefällig, und auch auf unsern ganzen weiteren Flucht konnten wir feststellen, daß die zum Teil sehr arme chinesische Bevölkerung uns als Deutschen sehr freundlich gestimmt war.

Ein junger Burche erklärte sich bereit, mit uns die Wanderung nach Peking anzutreten. Er war ein verlässlicher und in Geldsachen überaus ehrlicher Führer, dabei von einer Anspruchlosigkeit, die auch in dem verlangten Honorar ihren Ausdruck fand. Wir haben ihm natürlich, als die Flucht geplatzt war, reichlich das Dreifache gegeben; auch das war noch immer nicht sehr viel.

Wir überschritten in einer Entfernung von 80 Kilometer von Nikolai die mandshurische Grenze, mußten aber dann, um den Kofalenbörsern auszuweichen, von der Landstraße abzuweichen und in südwestlicher Richtung über das koreanisch-mandshurische Grenzgebirge wandern. Es ist dies ein vielfach zerstückeltes und fast gar nicht wirtliches Gebiet, das an unsere Karstgebirge erinnert. Es ist auch sehr spärlich besiedelt und nur von ganz armen Kleinbauern, die uns, wenn wir als „Togwo“ (Deutsche) erkannt wurden, lieblich aufnahmen.

Die letzten vier Tage fuhren wir auf einem von diesen Leuten zur Verfügung gestellten, sehr primitiven Schlitten, der eigentlich nur aus zwei Baumstäben bestand, zum Teil auf vereisten Flächen nach Kira. Die Flucht hatte vom 10. Dezember bis zum 8. Januar auf einer Strecke von 700 bis 800 Kilometer gedauert. In Kira beschafften wir uns europäische Kleider, die allerdings von einer etwas zweifelhaften Eleganz waren, und fuhren mit der Bahn zuerst auf einer chinesischen Strecke, dann auf einer japanischen. Hier wurden wir von einem japanischen Geheimpolizisten gestellt, der sich aber mit der Nennung von zwei englischen Namen abfinden ließ und nicht nach Pässen fragte.

Mit kurzen Unterbrechungen gelangten wir nach Peking, wo wir eine Woche die lebenswichtige Gastfreundschaft unfers Generalen und seiner Gemahlin genossen, und von den Strapazen erholten und dann mit der Marschroute „nach Wien“ ausgerüstet die Weiterreise nach Schanghai, von wo wir am 22. Januar mit dem Dampfer Mandshuria der Pacific-Mail die Fahrt nach San Francisco antraten. Auf der ganzen Fahrt wurden wir von keinem feindlichen Kriegsschiff belästigt. In San Francisco trafen wir am 15. Februar, fünf Tage vor Eröffnung der internationalen Weltausstellung, ein, deren Anlagen und Bauten wir noch besichtigen konnten. Vor der Eröffnung fuhren wir ab und erreichten mit kleinen Unterbrechungen Neuyork. Dort beschafften wir uns beim Generalkonsulat neue Pässe für die Delnreise und schiffen uns auf einem dänischen Dampfer ein. Zwei Stunden nach der Abfahrt wurden wir auf Befehl des englischen Konsulats im Auftrag der Agentur vom Schiffe herabgeholt und nach Neuyork zurückgebracht. Erst zwei Tage später traten wir die neuerliche Reise auf dem Dampfer Stamboulia der italienischen Velocegesellschaft an. Der italienische Regierungskommissar an Bord des Schiffs, ein Oberstleutnant, hatte uns versprochen, daß er in Gibraltar für uns eintraten und uns als Kerle anordnen würde.

Als wir aber in Gibraltar ankamen, scheint dies wenig Wirkung gehabt zu haben, denn wir wurden vom Schiff herabgeholt, und da wir unser Doktordiplom nicht bei uns hatten und die Engländer den österreichischen Pässen keinen Glauben schenken, mußten wir uns einer einnehmenden ärztlichen Prüfung durch eine Kommission von Militärärzten unterziehen. Das Prüfungsergebnis wurde nach London gemeldet, und der Befehl, daß wir freigelassen werden sollten, kam von dort erst nach 30 Tagen, so daß genau fünf Wochen seit unrer Anhaltung in Gibraltar verlossen waren, bevor wir auf einem Dampfer der Orientlinie, Oesterl, als Gäste der englischen Regierung auf Freipässen erster Klasse nach Neapel (pediert wurden. Am 14. April sind wir von Gibraltar weg, am 17. in Neapel angekommen und von dort über die Schweiz nach Hause gereist.

In Gibraltar hatte es, knapp vor unrer Abreise, noch einen Zwischenfall gegeben, der uns beinahe in Gefahr gebracht hätte. Ein Matrose hatte in einer Zeitung den Bericht von unrer Flucht gelesen und den Verdacht geäußert, daß wir die beiden Kerle wären, die aus Nikolai entflohen seien. Wir wurden vor unrer Abreise neuerdings verhört, untre falschen Angaben fanden aber bei den Engländern Glauben, und man stimmte mit uns überein, daß eine solche Flucht gar nicht möglich sei, und so verabschiedeten wir uns in der freundschaftlichsten Weise von den Herren Engländern.“

## Kleine Chronik.

Neues Theater. Freitag, 7 Uhr: Nora. Sonnabend, 7 Uhr: Die Regimentstochter; Strengengauer. Sonntag, 7 Uhr: Othello (Othello: Jacques Ullrich). Montag, 7 Uhr: Lessau. — Altes Theater. Freitag, 8 Uhr: Im weichen Hüßl. Sonnabend, 1/8 Uhr: Hamlet. Sonntag, 1/8 Uhr: Wie einst im Mai. Montag, 8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht. — Neues Operetten-Theater. Freitag, 8 Uhr: Der Hahnenhüter. Sonnabend, 8 Uhr: Unter der blühenden Linde. Sonntag, 1/8 Uhr: Extrablätter. Montag, 8 Uhr: Der Zigeunerbaron.

Leipziger Schauspielhaus. Freitag, Sonnabend, 1/8 Uhr: Lehmanns Kinder. Sonntag, 1/4 Uhr: Der Haub der Sabinerinnen (Einheitspreise). 8 Uhr: Das Stiftungsfest. Montag, 1/8 Uhr: Das Stiftungsfest.

Nächste Woche wird vom Donnerstag bis Sonntag Max Pallenberg in Gustav Nabelburgs Lustspiel Familie Schmelz gastieren. Für das Gastspiel gelten keine Gastspielpreise.

Vatzenbergtheater. Freitag, Sonnabend, Sonntag: Miß Pikan, die schöne Deutschamerikanerin.

Konzerte und Vorträge. Freitag, 1/8 Uhr, im Gesellschaftshaus Metropoli, Gottschalks: Vortragsabend der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft (Dr. Nibel spricht über Tropenhöhlen). — Sonnabend, 8 Uhr, in der Thomaskirche: 4. Abonnementskonzert des Liedervereins. — Sonntag, 4 Uhr, in der Albertshalle: Konzert des Jöhnerbundes zum Besten der Kriegswitwen (Dirigent Max Ludwig).

Nus dem Stadtv. Ordnenesaal.

(Sitzung vom 5. Mai 1915.)

In einer vom Oberbürgermeister Dr. Dietrich geleiteten gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten wurde ohne Debatte die Wahl von stellvertretenden Mitgliedern in die Kriegsunterstützungskommission, die Wahl von Sachverständigen für die Abschätzung von Militärlieferungen und die Wahl eines stellvertretenden Taxators in die Verbauchsteuerkommission vorgenommen.

Hierauf eröffnete Vortrager Dr. Nothe die Sitzung der Stadtverordneten.

In einer Mitteilung kommt der Rat auf einen Antrag des Stadtv. Dr. Vennewitz zurück, der den Rat ersucht, auf die Geschäftsanteile einzurücken, daß sie sich auf Schildern und in Anzeigen ausschließlich der deutschen Sprache bedienen. Der Rat verspricht sich jetzt bei den vielen Verordnungen und Bekanntmachungen keinen Erfolg von einem Aufruf und betrachtet den Antrag als vorläufig erledigt.

In einer Eingabe ersucht der Zweigverein Leipzig des Deutschen Privatbeamtenvereins um Einrichtung öffentlicher Stellen nach Weise für die Privatbeamten.

Zum Zuwachsteuererfolg ist von der Leipziger Immobilienbesitzer-Vereinigung eine Eingabe eingegangen, die Stadtv. Jähne (Mittelt.) zur Kenntnis macht.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist zur Vorlage über die Kinderkriegszulage ein Beschlus eingegangen, der die Vorlage als ungenügend bezeichnet und die Bewilligung größerer Mittel zu einer Steuererhöhung fordert. Diese Eingabe machte Stadtv. Franke (Soz.) zur Kenntnis.

Zum Verbands der Hausanstellungen eine Eingabe eingegangen, die Stadtv. Dietrich (L. Abt.) zur Kenntnis macht.

Abgewiesen wurde das Gesuch der Witwen der Gastwirtschaft Stadt Braunschweig um Verminderung des Pachtpreises, weil dafür die Stadtverordneten nicht zuständig sind.

Nach der Mitteilung, daß die nächste Sitzung erst in vierzehn Tagen stattfindet, wurde in die Tagesordnung eingetragen.

Für die Zwecke des Elektrizitätswerks wurden einstimmig 200 000 M. Veranschlagt, und zwar 100 000 M. zur Herstellung von Hausanschlüssen und Beschaffung von Zählern und 10 000 M. für Kabelverlängerungen bewilligt.

Dem Kauf von 64 Quadratmeter Land an der Brandstraße in Connewitz für 3000 M. und der Festlegung von 20 M. Entschädigung für den Quadratmeter Land, das von der Stadtgemeinde um 66,75 Quadratmeter über ihre Leistungspflicht zur Strafe abzutreten ist, wurde zugestimmt.

Das Ortsgebiet über die Bebauung von L. Pöhlitz-Süd, dem Gelände der Gemeinnützigen Baugesellschaft, wurde genehmigt. Die Ortsgebiete über die Bebauung von L. Stilla-Nord, L. Meuditz-Südost und Siedler-Nord fanden mit kleinen Änderungen ebenfalls Genehmigung.

Die vom Rate geforderte Nachbewilligung von 600 M. zur Anstellung eines Aufsehers und zu sonstigen Aufwendungen für den Spielplatz an der Schönefelder und Bernburger Straße auf Konto 10 des Haushaltsplans, wurde einstimmig abgelehnt.

Zur Instandhaltung und Unterhaltung des Zufahrtswegs zu den Lagerplätzen an der Siedlerer Straße wurden 2430 M. bewilligt.

Das neue Wertzuwachssteuergesetz.

Den nächsten Beratungsgenstand bildete das Ortsgebiet über die Erhebung einer Zuwachsteuer in der Stadt Leipzig und das Ortsgebiet über den Ausschuss für die Veranlagung zur Zuwachsteuer. Der Finanz- und Verfassungsausschuss beantragte dem § 5 (Besetzungen) anzuschließen:

5. Personen, die glaubhaft nachweisen, daß ihr im Deutschen Reich befindlicher Grundbesitz, falls er unbebaut ist, einen Wert von nicht mehr als 5000 M., falls er ganz oder teilweise bebaut ist, einen Wert von nicht mehr als 20 000 M. hat.

Soweit hierbei Mittelgut zum gesamten Band oder zu idealen Anteilen in Frage kommt, ist der Wert des Gesamtgrundbesitzes zu berücksichtigen.

Als unbebaut gilt auch ein solcher Grundbesitz, auf dem sich nur Gartenhäuser, Schuppen, Lagerstätten und ähnliche zu vorübergehenden Zwecken dienende Bauwerke befinden.

Grundbesitzgleiche Rechte (§ 1 Abs. 2) stehen bebauten Grundbesitz gleich.

Die Steuerfreiheit tritt nicht ein, wenn der Verkäufer oder sein Ehegatte den Grundbesitzhandel gewerbmäßig betreibt.

Ferner wurde beantragt, den beiden Ortsgebieten anzuschließen.

Der Referent, Stadtv. Seger (Soz.), führte aus: Die Vorlage bedeutet eigentlich nur eine formale Änderung. Es soll eine Wertzuwachssteuer erhoben werden wie bisher. Trotzdem seien eine Reihe Eingaben eingegangen, die eine Verminderung der Steuer bezweckten. Leipzig gehöre zu den Städten, die vor dem Reichswertzuwachssteuergesetz eine Zuwachsteuer erhoben haben. Deshalb könne Leipzig die Steuer in voller Höhe erheben, obwohl das Reichsgesetz aufgehoben ist und die sächsische Regierung auf ihren bisherigen Anteil verzichtet. Ueber die Verwendung der Zuwachsteuer als Deckungsmittel für die Gemeinden, habe das Ministerium des Innern am 15. Februar 1915 eine Verordnung erlassen, in der erklärt wird, daß die Regierung ihre Genehmigung zur Aufhebung der gemeindlichen Wertzuwachssteuer in den Städten, wo sie einen nennenswerten Ertrag gebracht hat, nicht erteilen werde. Denn auch das Ministerium hält daran fest, daß diese Steuer eine gute und gerechte Steuer ist. Es wäre deshalb nicht zu billigen, wenn jetzt, wo durch den Krieg das Geldbedürfnis der Gemeinden außerordentlich anspannt ist, auf die Steuer zu verzichten. Ferner sei zu erwarten, daß nach dem zu erhoffenden guten Ausgang des Krieges eine Steigerung der Grundstückspreise und eine Zunahme der Grundstückspekulation, wie es nach 1870/71 gewesen sei, eintrete. Eine wirksame Zuwachsteuer würde sich dann finanziell und sozialpolitisch wertvoll erweisen. Wenn aber im umgekehrten Falle die Aufwärtsbewegung nicht eintrete, so würde durch die Steuer niemand geschädigt. Nach diesen Grundbänden des Ministeriums wird man nicht damit rechnen können, daß die Regierung einer Aufhebung der Zuwachsteuer zustimmen wird. Denn in den sechs Jahren seit Erhebung der Steuer habe die Stadt über vier Millionen Mark, jährlich also im Durchschnitt 666 666 M., eingenommen. Im Ausschuss habe man sich gegen die volle Erhebung der bisherigen Steuer gewendet, weil der Grundbesitz jetzt in keiner Weise den Wert der Grundstücke steigere. Die Stadt solle sich mit den 40 Prozent begnügen, die ihr bis jetzt zugeflossen seien. Vom Rate sei dagegen einwand erhoben worden, daß die Steuer doch nur beim Wechsel der Besitzer erhoben würde, und nur die Spekulation getroffen würde. Die Hausbesitzer, die ihr Grundbesitz behielten, würden absolut nicht von der Steuer berührt. Weiter wurde einwand erhoben, daß die Wertzuwachssteuer eigentlich eine Doppelbesteuerung bedeute, weil das Vermögen auch besteuert werde. Auch der Käufer habe unter der Zuwachsteuer, wodurch auch der Stadt ein Schaden entstände. Der Rat entsagte darauf, daß erst durch die Aufwendungen der Stadt die Werte der Grundstücke steigen. Deshalb sei es gerecht, wenn von dem ersten außerordentlichen Gewinn ein bescheidener Teil abgezogen werde.

Der Referent berichtete dann über die Ausdrücke bei den einzelnen Paragraphen und beantragte schließlich, die vier zur Vorlage eingebrachten Eingaben mit der Beschlusfassung für erledigt zu erklären.

Stadtv. Jähne (Mittelt.): Daß die 3. Abteilung für jede Besteuerung des Grundbesitzes zu haben sei, wäre ja bekannt. Es sei aber vernehmlich, daß sich auch die 1. Abteilung und der Rat für eine solche Steuer begeisterte, die sich nicht bewährt habe. Das Urteil fast aller Sachverständiger richte sich gegen diese Steuer. Die Einnahmen, die der Stadt durch die Zuwachsteuer züßfließen, gingen durch die Besitzwechselabgabe wieder verloren. Die Beamten hätten mit der Erhebung nur unnütze Beschäftigung und die Grundbesitzer hätten viel Scherereien. Der Käufer baute, wolle Vorteile haben. Wenn ein Teil des Gewinns abgeliefert werden müßte, würde weniger gebaut werden und Wohnungsmangel eintreten. Auch im Reichstage habe man die Schädlichkeit der Zuwachsteuer eingesehen, die nur böses Blut mache und wenig Früchte trage. Eine Anzahl Städte haben die Steuer wieder abgeschafft, weil die Kosten der Veranlagung höher waren als die Einnahmen. Sogar das Großherzogtum Mecklenburg sei in diesem Falle fortschrittlich, weil es die Steuer wieder aufgehoben habe. (Beifall.) Der Referent beantragt, die ganze Vorlage abzulehnen und darüber namentlich abzustimmen. Weiter beantragt er, den Absatz 2 im § 7, wonach der Erwerber mit 2 Prozent des Veräußerungspreises hafte, wenn die Steuer vom Verkäufer nicht belzutreten ist, zu streichen. Zu Absatz 1 § 14 beantragt er, statt 3 Prozent 4 Prozent als Kosten des Erwerbs einzusetzen. Zu § 18 Absatz 2: statt drei vom Hundert zu setzen, vier vom Hundert. Zu § 21 beantragt er ferner, die Steuerhöhe um ein Viertel herabzumindern.

Stadtv. Dr. Tscharnann (L. Abt.): Obwohl er nicht den Standpunkt seines Vordemers teile, komme er zum gleichen Ergebnis. Es sei nicht zu bestreiten, daß die Wertzuwachssteuer die gerechteste Steuer sei, die es gibt, aber sie sei ein wahres Kreuz für die Beamten, die sie einzuleben müßten. Sozialpolitisch liege sie nicht so einfach. Es müßten erst noch Erfahrungen gesammelt werden. In Leipzig sei die Besitzwechselabgabe doppelt so hoch als in den sächsischen Städten. Das wirke aber auf den Wohnungsmarkt ein, die Preise würden höher. Solange nicht eine Reform der Besitzwechselabgabe eintrete, werde er gegen die Wertzuwachssteuer stimmen.

Oberbürgermeister Dr. Dietrich: Er wolle sich versagen, auf alle Nebenken gegen die Vorlage einzugehen. Man brauche nur die geschichtliche Entwicklung der Steuer in Leipzig zu betrachten. Schon 1908 sei sie in Kraft getreten. 1911 sei dann die Reichswertzuwachssteuer gekommen, die bis 1. April 1913 gegolten habe. Es handelt sich heute nicht um eine neue Belastung des Grundbesitzes, sondern um die einfache Frage, ob wir auf die Steuer, die für den sächsischen Staat notwendig ist, verzichten oder sie weiter aufrechterhalten wollen. Eine Vesteuerung des sächsischen Grundbesitzes, der Hausbesitzer, komme nicht in Frage. Nur wenn ein außerordentlicher Gewinn bei der Veräußerung eintritt, wirke die Steuer, und trifft damit die Spekulation. Das Ortsgebiet sei ferner so gefast, daß alle Erfahrungen verwertet sind. Gärten und Ungleichheiten seien vermieden. Das Ortsgebiet sei viel günstiger als das Reichsgesetz. Es wird nur die Hälfte aller Verkäufe getroffen. In Leipzig seien günstige Erfahrungen mit der Zuwachsteuer gemacht worden. Stadtv. Jähne könne seine Behauptung, daß durch die Besitzwechselabgabe wieder verloren ginge, was die Wertzuwachssteuer einbringe, nicht auf Tatsachen stützen. Die Besitzwechselabgabe habe 1908: 720 000 M., 1909: 880 000 M., 1910: 1 150 000 M., 1911: 1 120 000 M., 1912: 1 100 000 M., und 1913: 742 000 M. gebracht. Die Wertzuwachssteuer habe 1908: 318 000 M., 1909: 771 000 M., 1910: 470 000 M., 1911: 1 120 000 M., 1912: 592 000 M., und 1913: 653 000 M. gebracht. Wir könnten es nicht verantworten, in der jetzigen Zeit auf eine Einnahme zu verzichten, die uns sechs Jahre lang zugeflossen ist. Dem Stadtv. Tscharnann gegenüber sei bemerkt, daß die Besitzwechselabgabe erst vor Jahresfrist neu geordnet worden ist. Wenn nicht das Reichsgesetz gekommen wäre, bestände unser Ortsgebiet vom Jahre 1909 noch, das niemand angreifen würde. Er bitte, die Anträge des Stadtv. Jähne abzulehnen, und er habe das Vertrauen, daß dann die Vorlage angenommen würde.

Stadtv. Dr. Jund (L. Abt.): Ueber die grundsätzliche Auffassung brauche man nicht zu reden. Sein Standpunkt würde auch durch die Ausführungen Tscharnanns nicht erschüttert, die einen sorgfältigen Fehler enthielten. Wenn und die Besitzwechselabgabe nicht gefiele, könne man doch nicht die Wertzuwachssteuer dafür blassen lassen. Der Reichstag habe sich nur gegen das Reichsgesetz ausgesprochen, nicht gegen die Wertzuwachssteuer überhaupt. Man dürfe aber nicht weiter gehen als das Reichsgesetz, deshalb beantrage er zu § 14 Absatz 5: 2 Prozent bei bebauten und 2 1/2 Prozent bei unbebauten Grundbesitz zu setzen. Zum § 17, der die Anrechnung von Verlusten bei Veräußerungen anderer Grundstücke behandelt, beantrage er, statt innerhalb dreier Jahre zu setzen: innerhalb sieben Jahren. Zum § 21 beantrage er, den Absatz 2 des § 28 des Reichsgesetzes, der bestimmten Rabatt gewährt, als neuen Absatz aufzunehmen.

Bürovorsteher Sahnau (Mittelt.) beantragte, wenigstens den Absatz 2 im § 7 abzulehnen, wonach der Erwerber hafte muß, wenn sich der Verkäufer der Steuer entzieht. Es sei ihm unerklärlich, wie dieser gefährliche Absatz in das Ortsgebiet gekommen sei. Er könne verstehen, daß sich die Stadt vor Verlusten schützen wolle. Die Stadt könne aber den Verlust eher tragen als der Käufer, der so schon einen hohen Preis zahlen müsse.

Bürovorsteher Pollender (Soz.): Unsere grundsätzliche Stellungnahme heute anzulegen, wäre unnützlich. Aber er müßte doch einiges auf die Auswendungen des Stadtv. Jähne sagen. Bei jeder Steuer legen wir uns die Frage vor: Wie wirkt die Steuer? Die Wertzuwachssteuer sei aber von vielen Seiten als gerecht anerkannt worden. Stadtv. Jähne schiebt die Steigerung der Preise der Wertzuwachssteuer zu. Dann brauchen doch die Hausbesitzer ihre Häuser nur zum Selbstkostenpreis zu verkaufen, nachdem sie jahrelang eine gute Rente daraus gezogen hätten. Die Stadt will nur einen kleinen Teil von den unverhältnismäßig hohen Gewinnen, die bei den Verkäufen herausgeschlagen werden. Im statistischen Jahrbuch für die Stadt Leipzig seien eine Reihe Fälle, wo ein Grundbesitz mehrmals in einem Jahre verkauft wurde und ungeheure Gewinne erzielt würden. So habe ein Grundstück 270 000 Mark gekostet. Als es nach drei Monaten wieder verkauft wurde, betrug der Preis 350 000 M. Von diesem in drei Monaten müßte der erste Gewinn von 80 000 M. bekäme die Stadt nach dem Ortsgesetz 10 Prozent = 8000 M. Bei einem andern Grundstück im Südviertel betrug der Preis im Jahre 1911 355 000 M. Als es im gleichen Jahre wieder verkauft wurde, kostete es 450 000 M. Von den 95 000 M. Profit bekäme die Stadt nur 9500 M. Steuer. Die Steuer trifft also keine soliden Besitzer. Es müßte eigentlich noch fester angegriffen werden. Bei einem Feldgrundbesitz sei der Profit noch höher. Es ist für 81 450 M. gekauft und für 152 040 M. verkauft worden. Der Gewinn beträgt 70 590 M. Davon würden 15 Prozent Steuer zu entrichten sein = 10 588 M. Die Steigerung der Wohnungsmieten werde also durch den Profitmehrer verursacht und nicht durch eine Steuer, die nur zur Anwendung kommt, wenn so hohe Gewinne erzielt werden. Wenn nun Mecklenburg als besonders fortschrittlich hingestellt werde, so sei das recht eigenartig. Wir haben nach einer Aufkündigung zu entscheiden. Auch die Reichsgesetzgebung sei nicht der Ausfluß höchster Weisheit, auch dort geben die verschiedenen Interessengruppen den Ausschlag. Er ersucht, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Wflume (Mittelt.) erregnet, daß es allerdings in Leipzig auch Verhältnisse, wie die von Pollender angeführt, gebe. Gegen eine Vesteuerung dieser Spekulationsgewinne werde niemand etwas einzuwenden haben. Es kämen doch aber auch andre Fälle in Betracht. Es gäbe doch auch alten Familiengrundbesitz, und wenn dieser einmal nach langen Jahren verkauft würde, müße ebenfalls

die Wertzuwachssteuer entrichtet werden. Wieviele Male könnte ein solches Grundstück, wenn es in andern Händen gewesen wäre, in 30 oder 50 Jahren umgesetzt worden sein, und welche Gewinne hätten dann damit erzielt werden können. Den vom Stadtv. Dr. Jund gestellten Antrag, den bisher nach dem Reichsgesetz gewährtesten Steuererstatt auch in das neue Ortsgesetz aufzunehmen, bitte er anzunehmen.

Oberbürgermeister Dr. Dietrich weist nochmals darauf hin, daß das ganze Wertzuwachssteuergesetz für den bodenständigen Grundbesitz überhaupt nicht in Betracht komme. Soweit aber der Grundbesitzhandel getroffen werde — und den wolle man doch treffen — nehme die bei Veräußerungen vorgesehene Frist von drei Jahren. Eine Verlängerung auf sieben Jahre — wie sie der Stadtv. Dr. Jund fordere — würde zu weit gehen. Die Aufnahme der Rabattbestimmungen erfordere sich, nachdem man im § 14 des neuen Ortsgesetzes bei Festsetzung der Preiszuschläge allen berechtigten Wünschen entsprochen habe.

Stadtv. Jähne (Mittelt.), dessen Rede zum größten Teile unverständlich ist, weist darauf hin, daß mit dem Abgang des Grundbesitzes der Steuerertrag zurückgehen werde, aber die Arbeit bei der Steuererhebung bleibe die gleiche. Im übrigen tritt er nochmals für die Annahme der von ihm gestellten Anträge ein, die den Bestimmungen des bisher bestehenden Reichsgesetzes entsprächen. Nur in einem Punkte wolle er davon ab. Mit dem Stadtv. Pollender wolle er in dieser Frage nicht weiter debattieren. Er wolle nur erklären, daß er ein grundsätzlicher Gegner jeder Zuwachsteuer sei, bei der es sich um eine Vesteuerung wohlverworbener Rechte handle. Heute sei ja aber keine grundsätzliche Entscheidung zu fällen. Es handle sich vielmehr nur darum, zu entscheiden, ob man noch über den vom Reichsgesetz für die Gemeinden festgesetzten Steueranteil von 40 Prozent hinaudgehen wolle.

Nach einer kurzen Entgegnung des Stadtv. Dr. Jund auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters schreitet man zur Abstimmung.

Der Antrag Jähnes, den 2. Absatz des § 7 zu streichen, wird gegen 19 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Ebenfalls angenommen wird der Antrag Dr. Jund, dem Ortsgebiet den im Reichsgesetz vorgesehene Steuererstatt einzufügen; abgelehnt werden dagegen die Punkte des Antrages auf Erhöhung des Preiszuschlags bei unbebauten Grundbesitz auf 2 1/2 Prozent und auf Verlängerung der Frist bei Veräußerungen von 3 auf 7 Jahre. Ebenso werden alle übrigen Anträge Jähnes abgelehnt. Die Anträge der Ausschüsse, sowie der Antrag des Berichterstatters über die Erledigung der Eingaben werden einstimmig angenommen. Die namentliche Abstimmung über das gesamte Ortsgesetz ergibt dessen Annahme mit 37 gegen 23 Stimmen.

Für das Gesetz stimmen die Stadtverordneten Freiliche II, Franke, Krellin, Seger, Lange, Scheib, Kolbe, Dener, Dufour, Ahn, Nothe, Krenner, Dr. Jund, Dr. Freiliche I, Friedrich, Vogel I, Schwalbach, Pollender, Mittelt., Proskauer, Widuna, Prenzel, Sierk, Reutter, Gadegast, Seizinge II, Dieze, Meiner, Wäde, Hermann, Altemann, Thiem, Dr. Kuschel, Vammes, Tobias, Kessler, Dr. Sonnenfals.

Gegen die Vorlage stimmen: Simon, Beck, Blank, Schumann, Jähne, Noll, Weidenbach, Dr. Vennewitz, Müllig, Piesold, Vogel II, Günther, Dr. Jarnde, Fahrmarkt, Wflume, Dr. Tscharnann, Sahnau, Pöllerhoff, Altemann, Mosefi, Seizinge I, Hennig, Wilsch. Es folgt die Beratung der Vorlage wegen der Gewährung einer Anlage von monatlich 5 M. für jedes zu unterhaltende Kind unter 15 Jahren an einen Teil der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter vom April d. J. an bis auf weiteres, längstens für die Dauer des Krieges, aus der Kriegsanleihe.

Der Finanzausschuss beantragt: 1. der Vorlage zuzustimmen, 2. dem Rat zur Erwägung zu geben, die Unterhaltungsgröße auf die 200 M. hinaus zu erhöhen mit Kindern unter 15 Jahren. Ferner auf solche ältere Arbeiter auszubauen, bei denen es die besonderen Verhältnisse nötig erscheinen lassen, und zwar unter Berücksichtigung der Wohngröße von 1800 M.

Der Referent, Stadtv. Dufour-Feronce, bemerkt, daß die Anlagen in dem vom Rat vorgeschlagenen Umfang einen Kostenaufwand von 12 500 M. erfordern. In den Ausschüssen sei aber hervorgehoben worden, daß die Vorlage ungenügend sei. Besonders sei die Ausschließung der Ausschilfskräfte bemängelt worden, da diese doch genau so unter der Teuerung zu leiden hätten wie die städtischen Arbeiter und Angestellten. Weiter sei angeregt worden, auch die älteren Arbeiter mit Kindern über 15 Jahren, die aber selbst nichts verdienten, zu berücksichtigen. Von der in der Eingabe des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter erwähnten Entscheidung habe man im Ausschuss schon Kenntnis gehabt. Es sei daraufhin der vom Ausschuss gestellte Erwägungsantrag beschloffen worden.

Stadtv. Franke (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde, obwohl diese wenig geeignet sei, der vorhandenen Not der städtischen Arbeiter und Angestellten entgegenzuwirken. Die Hauptbedenken habe er dagegen, daß nur für einen Teil der Angestellten und Arbeiter Zulagen vorgesehene seien. Es sei unverständlich, wie man die zur Ausschilfskräfte Ausschilfskräfte könne. Wenn man die Not lindern wolle, dürfe man nicht nur einen Teil der Arbeiter berücksichtigen, sondern müsse allen Zulagen gewähren. Es sei nicht einzusehen, warum man Arbeiter und Angestellte, die größere Kinder über 15 Jahre zu ernähren haben, ausschließen wolle. Das schämte aber sei, daß man die länger im Dienste der Stadt tätigen Arbeiter und Angestellten ebenfalls ausschließen wolle. Es gäbe doch Fälle, in denen großgezogene Kinder jetzt zum Militärdienst einbezogen oder als Lehrlinge beschäftigt seien. In allen diesen Fällen würden die Eltern durch die Teuerung besonders empfindlich getroffen, denn sie müßten für ihre Kinder einen Teil ihres eigenen Lebensunterhalts opfern. Hier sowohl, wie bei den Ausschilfsarbeitern seien Forderungen der Vorlage nötig. Die Ausschilfsarbeiter und Angestellten würden geringer entlohnt als die Festangestellten, die sie zu ersetzen hätten. Deshalb sei hier besonders ein Ausgleich nötig. Namentlich sei einer Kategorie dieser Arbeiter der Wochenlohn von 24 auf 27 M. erhöht worden. Gleichzeitige sei aber eine Vesteuerung dadurch eingeführt worden, daß die Stadt nun die Feiertage nicht mehr bezahlt habe. Dadurch sei die eingetretene Lohnerhöhung sofort wieder reduziert worden. Zu dem von dem Ausschuss gestellten Erwägungsantrag sei zu bemerken, daß man dafür sorgen müsse, daß für alle städtischen Arbeiter, Angestellten und Ausschilfskräfte, die in Not geraten und unter der Teuerung leiden, sofort werden müsse.

Stadtrat Dr. Barthol erklärt, daß sich der Rat noch einmal mit der ganzen Frage beschäftigen müsse, wenn der Ausschussantrag angenommen werde. Deshalb wolle er nicht weiter darauf eingehen. Der vom Stadtv. Franke erwähnte Wegfall der Feiertagsbezahlung sei dadurch veranlaßt worden, daß die Arbeiterfähigkeit, um die es sich handle, unzulässigerweise Wochenlohn erhalten habe, während alle Ausschilfsarbeiter gegen Tagelohn zu beschäftigen seien. Die Zahlung von Wochenlohn sei also ein Irrtum gewesen und deshalb sei die Forderung eingeleitet worden.

Darauf wird die Vorlage mit dem Ausschussantrag einstimmig angenommen. Die vorliegende Eingabe wird damit für erledigt erklärt.

Die neue Meldeordnung der Stadt Leipzig.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Beratung der neuen Meldeordnung für die polizeiliche An-, Um- und Abmeldung der Einwohner und Fremden in der Stadt Leipzig.

Der Verfassungsausschuss beantragt dazu verschiedene Änderungen. Im übrigen soll das Gutachten im zustimmenden Sinne abgegeben werden.

Der Berichterstatter, Stadtv. Freiliche II, gibt die Begründung der Ratvorlage, die wir am Dienstag besprachen, wieder und be-



**Gut und preiswert**  
kaufen Sie nach diesem  
Kataloge.

**Ueberzeugen Sie sich**  
und verlangen Sie die illustrierte Preisliste der Firma  
**August Stukenbrok, Einbeck**  
durch die anhängende Karte.

Bitte hier abtrennen.

Die Firma  
**Stukenbrok, Einbeck**

steht seit mehr als 20 Jahren als leistungsfähigste Bezugsquelle an der Spitze der gesamten Fahrradbranche. Sie ist Lieferantin vieler fürstlichen Häuser, sowie hoher und höchster Herrschaften des In- und Auslandes, der deutschen Armee und Marine, vieler Staatsbehörden und Eisenbahn-Verwaltungen, verschiedener Vereinigungen und Vereine. Vertrags-Lieferantin d. Kaiserl. Reichspost.  
**Erstklassige Qualitäten zu mässigen Preisen bei prompter und exakter Bedienung haben dem Hause Stukenbrok Welt-ruf erworben.**

Nahezu 1 Million „Deutschland“-Fahrräder zur besten Zufriedenheit geliefert.  
Tausende von freiwilligen Anerkennungen aus allen Kreisen.  
Eigene Postpaket-Abfertigung im Hause.

Bei Ausfüllung der Adresse des Absenders 3 Pf.-Marke, bei weiteren schriftlichen Mitteilungen 5 Pf.-Marke.

An die Firma

**August Stukenbrok**

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Fahrräder, Nähmaschinen und Sportartikel aller Art

**Einbeck. K81**

Jedes Deutschland-Fahrrad ist ein Musterrad, in Qualität ohnegleichen.

**Fahrräder**  
in 38 verschiedenen  
Modellen von 14 bis 18 1/2



**Sprechapparate**  
in 12  
Modellen  
von 12 bis 18 1/2



**Fahrradsatzteile**  
in größter Auswahl



**Sportartikel aller Art**



**Schallplatten**  
in Tausenden Proben  
und größter Auswahl



**Nähmaschinen**  
in 18 verschiedenen  
Ausführungen  
von 12 bis 18 1/2



**Fahrräder,  
Nähmaschinen, Waffen, Sportartikel  
aller Art**

können Sie nirgends vorteilhafter kaufen als bei der Firma  
**August Stukenbrok, Einbeck.**  
 Größtes Versandhaus Deutschlands für Fahrräder u. Sportartikel.  
 Fabrik für Fahrräder und Fahrradteile.

Weich große Vorteile in Qualität und Preis durch meine  
 Firma geboten werden, ersehen Sie aus meiner Preisliste,  
 der reichhaltigsten der Branche. Dieselbe wird Ihnen  
 kostenlos und ohne Kaufzwang zugesandt.

Millionen Kunden zur Zufriedenheit bedient.  
 Prüfen Sie meine Qualitäten und Preise.  
 Sie werden nie wieder anderweitig kaufen.

**Keinerlei Risiko!**

Ich zahle Ihnen das bare Geld  
 zurück für jede Ware, die Ihren  
 Wünschen nicht entspricht.

**Pneumatik Mäntel**  
in 12 verschiedenen  
Sorten von  
12 bis 18 1/2



**Fahrradschläuche**  
in 18 verschiedenen  
Qualitäten von 12 bis 18 1/2



**Haushaltsartikel**  
für alle Verwendungszwecke



**Stahl- u. Kurzwaren**  
in nur besten Qualitäten



**Reiseartikel**  
in bewährten Qualitäten



**Photogr. Apparate**  
in nur bewährten Modellen  
von 12 bis 18 1/2



**Wand- u. Taschen  
Kisten u. Koffer**



**Wettermäntel**  
Spezialherstellung  
in bewährter Ausführung



**Elektrische Artikel**  
in größter Auswahl



**Schmuckgegenstände**  
aller Art





An die Firma **August Stukenbrok, Einbeck.**  
Größtes Fahrrad-Versandhaus Deutschlands.

Hiermit ersuche ich Sie um kostenfreie Zusendung Ihrer  
 neuesten illustrierten Hauptpreisliste mit billigsten Preisen.

Name: .....

Stand: .....

Wohnort: .....

**Adresse bitte recht genau  
und deutlich ausfüllen!**

Falls augenblicklich kein Bedarf vor-  
 liegen sollte, so wollen Sie gef. diese  
 Karte für eine spätere Abforderung  
 des Kataloges aufbewahren.

Strasse: .....

Bestellungs-  
 Postort ist: .....

Oberpost-  
 direktions-  
 Bezirk: ..... Provinz: .....